Passagen, Privatisierungen und Philharmonien: Geld stinkt nicht

*Scheckheft*GEPFLEGT

Stadtmagazin | umsonst | Winter 2006

Editorial.

ScheckheftGEPFLEGT – die Gebrauchtwagenhändler unter uns wissen: mit diesem Zusatz ist die olle Möhre gleich 500 Euro mehr wert. ***Scheckheft***GEPFLEGT ist ein Versprechen. Hier hat jemand Protokoll geführt, über alle Mängel und jede Reparatur. Hier sorgt jemand für Ordnung.

Was ***Scheckheft***GEPFLEGT noch bedeuten kann, hat uns Herr Ackermann von der Deutschen Bank vorgemacht. Einfach mal 3,2 Millionen rüberwachsen lassen, schwupps ist das Gerichtsverfahren vom Tisch und das Führungszeugnis bleibt lupenrein. Steffi Graf hat das auch schon mal so geregelt und Helmut Kohl erst recht.

Höchste Zeit also für ***Scheckheft***GEPFLEGT, den Hausmeister unter den Stadtmagazinen. Nach ***Breit***AUFGESTELLT, ***Gut***ANGELEGT, ***Wohl***VERDIENT, ***Heim***GESUCHT, ***Gott***GEGEBEN, ***Falsch***VERBUNDEN, ***Quietsch***VERGNÜGT und ***Frisch***GESTRICHEN und ***Tot***GESCHWIEGEN widmen wir uns Ordnung und Geld. Wozu brauchen wir eine Währung wie die „Hansemark“? Für wen ist die Große Bergstraße eigentlich ein Problem – und warum? Sind Stiftungen tatsächlich großzügig? Wem hilft Kultursponsoring? Und warum wird Korruption so selten bestraft?

ScheckheftGEPFLEGT sind aber auch: Körper, Seelen, Orte. Der Zahnarzt verteilt Bonushefte, Psychostress kann man sich gegenseitig wegtherapieren. Für Blutspenden sind schwule Männer nicht zugelassen, aber Hauptsache, der neue Spielbudenplatz glänzt.

Unsere Du-zahlst-die-Druckkosten-Party steigt am Samstag, den 16. Dezember im Buttclub, Hafenstraße 126. Mit kultigen DJs und krassen Gästen feiern für den guten Zweck! Richtig geil. Zwischen all den zwangsvergnügten Weihnachtsfeiern wenigstens ein sexy Pflichttermin, denn: Dies ist unsere 10. Ausgabe! Jubiläum!!

Die Fotos sind diesmal von Christiane Stephan. Die Hamburgerin arbeitet seit 2004 als freie Fotografin in der Hansestadt und in Berlin. Im Sommer 2006 zeigte sie in ihrer Austellung „click beat“ inszenierte Bandportaits. Wer mehr von ihren Bildern sehen möchte: www.christianestephan.com.

Bax Bartmann, Detlef Diederichsen, Tina Fritsche, Stephanie Janssen, Anja Kelber, Jarka Kubsova, Judith Ludwig, Britta Peters, Tina Petersen, Susie Reinhardt, Andrea Ritter, Sabine Rolinski, Silke Schlichting, Christiane Stephan, Christoph Twickel, Patricia Wedler
Kontakt: kurzmitgeteilt@yahoo.de

Endziel Ankermieter

Eine Brache wird fertiggemacht. Kunst, Kommerz und Schandfleck-Beseitigung in der Großen Bergstraße

VON CHRISTOPH TWICKEL

Eines Tages stand Inés aus Santiago de Cuba vor der Tür unserer elbnahen Zweier-WG. Inés war eine entfernte Bekannte meines Mitbewohners. Sie hatte zu seligen DDR-Zeiten einmal vier Jahre lang im Rahmen der kubanisch-deutschen Völkerfreundschaft in einem volkseigenen Betrieb in der Kleinstadt Schmalkalden gearbeitet. So gerne würde sie ihre alten Freunde in der ehemaligen DDR wieder sehen, hatte Inés auf Kuba meinem Mitbewohner versichert, welcher ihr daraufhin ein Einladungsschreiben verfasst hatte, ohne welches sie kein Touristenvisum bekommen hätte. Einmal in Hamburg angekommen, stand ihr der Sinn keineswegs mehr nach einem Besuch in der beschaulichen Fachwerkstadt am Rande des thüringischen Waldes.

Sie blieb bei uns und ließ nichts unversucht, ihrem Aufenthalt einen möglichst hohen Nutzwert abzuringen. Wir schenkten ihr alte Klamotten und Schallplatten, die sie auf Flohmärkten versetzte. Um möglichst viele Konsumgüter mit zurück in ihre karibische Heimat nehmen zu können, lebte sie konsequent nach dem Motto „Geiz ist geil”.

Inés' lebensweltlicher Mittelpunkt wurde die Große Bergstraße. Hier fand sie das billigste Internet-Café, die günstigsten Hähnchenbeine, und vor allem: Modische Slips, Sonnenbrillen, Hot Pants und T-Shirts zu Preisen ab 1 Euro. Als sie uns nach drei Monaten verließ, trug sie sieben Röcke und fünf Sweatshirts übereinander und zog zwei prallgefüllte Koffer hinter sich her, deren Inhalt sie samt und sonders aus den Resterampen und 1-Euro-Shops von Altona-Altstadt bezogen hatte. Unseren Tiraden über den Neoliberalismus zum Trotz hatte sie sich ihre eigene Theorie über die markwirtschaftliche Konsumwelt geschmiedet. „Im Kapitalismus“, pflegte sie zu sagen, „gibt es zwar sehr teure Geschäfte, aber eben auch billige.“

Kein Fußbreit den Kaufkraftlosen

Die Vorliebe von Inés für die Große Bergstraße dürfte bei Hamburgs Stadtplanern auf wenig Verständnis treffen. In einer „vorbereitenden Untersuchung zur städtebaulichen Sanierung“ aus dem Jahre 2004 lässt das von der Stadtentwicklungsbehörde beauftragte Forschungsinstitut GEWOS kaum ein gutes Haar an der Fußgängerzone mit dem Frappant-Gebäude, in dem einstmals Karstadt residierte. Für die Experten fehlt es den „Grün- und Freiflächen“ an „Aufenthaltsqualität“. Hier kommen ihnen Bereiche „unbelebt und ungastlich“ vor, dort „wirkt die Bebauung ungeordnet und wenig attraktiv“, und so geht es in einem fort. Ein Foto von einem überfüllten Altpapiercontainer belegt, dass „die Vermüllung im Untersuchungsgebiet“ zum einem „negativen Gesamteindruck“ beiträgt. Ein anderes Bild zeigt die rissige Rampe zum Parkhaus des Frappant-Komplexes – es trägt die Bildunterschrift „unattraktives Parkplatzangebot“. Insgesamt ergibt die Analyse, „dass das Untersuchungsgebiet derzeit nicht mehr die Funktion eines Bezirkszentrums sowie eines wichtigen Zentrums für das öffentliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben einnimmt.“ ▶

Wer an einem sonnigen Herbstsonnabend zwischen Frappant-Komplex und Max-Brauer-Allee flaniert, muss sich fragen, wo sich die Stadtforscher von GEWOS herumgetrieben haben. Die Stühle vor „Dat Backhus“ in der Fußgängerzone sind vollbesetzt, in den 1-Euro-Shops drängeln sich die Menschen, der Wochenmarkt ist bestens frequentiert, und in den Sonderangeboten vor Woolworth wird eifrig herumgewühlt. Kein öffentliches Leben in der Bergstraße?

Selbst an einem ganz normalen Werktag ist hier mehr los als in so mancher Barmbeker Einkaufstraße: Vor der Eisdiele Filippi sitzen Hausfrauen beim Eiskaffee, türkische Kids spielen Fußball in der Fußgängerzone und vor Plus singen ein paar Asi-Punks fröhliche Lieder. Was muss in einem „Bezirkszentrum“ stattfinden, damit es in den Augen von Stadtplanern Gnade findet? Wie steht es eigentlich um das Leben in der Möncke-bergstraße? Ist das Saturn-Parkhaus ein „attraktives Parkplatzangebot“? Hat das Gestrüpp rund um den Hauptbahnhof „Aufenthaltsqualität“?

Dass das „öffentliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben“ zum Erliegen kommt, weil eine Bezirksfußgängerzone statt durch Saturn oder C&A durch ein leerstehendes Kaufhaus geprägt wird, widerspricht zwar im Falle der Großen Bergstraße allem Anschein, ist aber mittlerweile offensichtlich die allgemeine Auffassung. Um den Frappant-Komplex herum ist in den letzten Jahren ein Schandfleck-Diskurs gewuchert, auf welchen von Taz Hamburg („Letzte Hoffung Abbruch“) bis Bild („Altonas Große Bergstraße stirbt“) alle Hamburger Medien eingestiegen sind. Sogar das Hamburger Thalia-Theater hilft bei der Dramatisierung: Unter dem Titel „Die bitteren Tränen der Großen Bergstraße“ inszeniert das Haus „die Geschichte eines Verfalls: Einst glanzvollste Meile Hamburgs, Deutschlands erste Einkaufsstraße, ist die Große Bergstraße heute ein Sanierungsfall. Nichts indes lässt sie unversucht, wieder wer zu sein. Ihr Weg, der zielt zurück ins Zentrum.“

Glanz hin, öffentliches Leben her – warum die Stadtplaner dem Gebiet rund um die Große Bergstraße „Anzeichen eines problematischen Stadtquartiers“ attestieren, verschweigen sie nicht: „Ingesamt liegt im Stadtteil eine verminderte Kaufkraft vor.“

All das Gejammer über „Mängel in der Stadtgestalt“ oder „unattraktive Wegeverbindungen“ schnurrt sich auf dieses Fazit zusammen: „Der Funktionsverlust – insbesondere der Großen Bergstraße – manifestiert sich in einer anhaltend sinkenden Kaufkraftbindung.“

Wenn man einen weißen Anzug anhat

Doch was ist so schwer hinzunehmen an einer angejahrten Bausündenmeile mitten in Hamburg, in der sich Hartz-IV-Empfänger, Rentner und andere Mitglieder des abgehängten Prekariats noch manchmal Butterkuchen mit Kaffee satt leisten können? Ist Altona-Altstadt mitsamt der Großen Bergstraße vielleicht einfach der letzte Stadtteil der westlichen inneren Stadt, in dem nicht junge Kreative und ältere Gutverdiener das Straßenbild prägen?

„Eine Stadt wie Ludwigshafen hätte gerne die Probleme von Hamburg“, meint der Kurator und Künstler Filomeno Fusco, „die haben so etwas wie die Große Bergstraße mitten im Zentrum.“ Fusco, der in ganz Deutschland Kunstprojekte in urbanen Brachen macht, hat im Mai 2006 zusammen mit Dirck Möllmann die Ausstellung „Stile der Stadt“ im Forum Altona kuratiert, eine ehemalige Einkaufspassage, aus der die letzten Geschäfte schon vor Jahren verschwunden sind. Ein für die Ausstellung zwar nicht typisches, aber hübsches Projekt hieß „Street of Beauty“: Die Künstler Jan Holtmann und Baldur Burwitz zogen ein paar Wochen durch die Läden und Wohnungen rund um die Große Bergstraße und boten den Anwohnerinnen und Anwohnern für rund 100 Euro einen maß- ►

Rechnen und gegenrechnen

Kann man eigennützig Gutes tun? Darf man Miami-Kurt Glauben schenken, der behauptet: Ich hab‘ nur geile Kunst an den Wänden und keinen Pfennig dazubezahlt? ***Scheckheft***GEPFLEGT im Gespräch mit dem Mann, der sich wie kein anderer für einen selbst gewählten, sinnvollen Umgang mit Steuergeldern stark macht

VON BRITTA PETERS

Scheckheft GEPFLEGT: ***Herr Kurt, als Selbständiger verdienen sie ca. 25.000 Euro brutto im Jahr. Kommen Sie als Familienvater damit zurecht?***

M.-Kurt: Ist nicht gerade üppig – aber reicht.

SG: Trotzdem haben Sie von diesen 25.000 Euro im vergangenen Jahr 2.500 Euro an den als förderungswürdig anerkannten Verein „Kauft mehr Kunst e.V.“ gespendet. Beachtlich! Fehlt Ihnen das Geld jetzt nicht in der Haushaltskasse?

M.-Kurt: Nicht wirklich, der Betrag wird ja von meinem zu versteuernden Einkommen abgezogen. Fünf bis zehn Prozent vom Gesamtbetrag aller Einkünfte, egal ob selbständig oder angestellt, lassen sich als Spende an einen Verein mit mildtätigen, wissenschaftlichen und kulturellen bzw. kirchlichen, religiösen und gemeinnützigen Zwecken steuerfrei absetzen. Gegen Quittung natürlich, ganz logisch!

SG: Auf diese Weise kann für den Verein ganz schön was zusammenkommen.

M.-Kurt: Bingo! Für eine gemeinnützige Privatstiftung kann man als normal Sterblicher den Scheck sogar auf gut 20.000 Euro ausstellen, falls man die gerade mal zu Hause liegen hat.

SG: Verstehe. Und wie funktioniert das mit dem Kunst kaufen?

M.-Kurt: Kunstkauf kannst du nur dann steuerlich geltend machen, wenn du selbständig bist. Na, und dann suchst du dir halt was Schönes aus und los geht’s. Darf nur nicht mehr als 420 Euro kosten. Unter 420 Euro kannst du dafür aber fast so viel kaufen, wie du möchtest – jede einzelne Arbeit für 419 Euros und das mal x, alles Betriebsausgaben für „geringwertige Wirtschaftsgüter“, wie das so schön heißt. Zeichnungen, Druckgrafiken oder Fotos lassen sich auf diese Weise perfekt absetzen. Es dürfen nur keine Serien sein bzw. wenn es sich explizit um Serien handelt, dann muss, steuertechnisch gesehen, in dem Fall der Serienpreis unter 420 Euro liegen.

SG: Aber absetzen ist ja nicht gleich umsonst. Das Geld wird ja nur von dem zu versteuernden Einkommen abgezogen. Insofern stimmt „kein Pfennig dazubezahlt“ nicht ganz. Aber zu lohnen scheint es sich trotzdem, oder?

M.-Kurt: Klar, je mehr Kohle du verdienst, desto besser ist es, wenn du viel gegenrechnen kannst. Kriegst ja auch was dafür und hast ‘ne Menge Spaß damit. Fühlst dich einfach besser, wenn du was Gutes unterstützt, als wenn du dem Fiskus die Knete in den Hals schmeißt.

SG: Und wenn ich etwas kaufen möchte, das teurer als 420 Euro ist?

M.-Kurt: Dann solltest du das lieber privat tun. Wenn du es als Betriebsausgabe abschreiben möchtest, wird’s echt kompliziert und du musst Wertzuwachs und gegebenenfalls auch den Gewinn aus dem Weiterverkauf versteuern. Bei einem privaten Handel wird das Plus dagegen als „steuerfreier Spekulationsgewinn“ verbucht.

SG: Angenommen meine Zeichnungen, die ich mir vor drei Jahren für weniger als 420 Euro gekauft habe, steigen plötzlich massiv im Wert. Was passiert, wenn ich sie verkaufe?

M.-Kurt: Na, dann fehlen sie dir erstmal! Nee, Spaß beiseite. Wenn du die Zeichnungen einmal steuerlich geltend gemacht hast, musst du auch den Verkaufsgewinn versteuern, ganz logisch. So fürchterlich viel wird das aber vermutlich nicht sein.
Also jetzt noch mal zum Mitschreiben: Wer mehr als 420 Euro locker machen kann und will und damit rechnet, eventuell wieder zu verkaufen, sollte als Privatperson handeln. Summen unter 420 Euro lassen sich als Betriebsausgaben absetzen. Eigennützig spenden aber kann jeder, egal ob angestellt oder freiberuflich!

SG: Großartig. Vielen Dank für die tollen Tipps und weiterhin viel Erfolg!

gefertigten, schneeweißen Anzug an. Das sympathisch Subversive dieser „sozialen Skulptur“ könnte sein: Wenn man den Kunst-Auftrag zur Stadtverschönerung einfach auf dem direktesten Wege erfüllt und den Schandfleck-Bewohnern eine schicke Offerte macht, verschönert man womöglich die Falschen – nämlich die Billigheimer, die hier weg sollen. Der Kaufkraftmangel im Viertel wurde allerdings auch den Künstlern zur Hürde. Ein nicht geringer Teil der weißen Hundert-Euro-Schmuckstücke musste an Bekannte aus dem kreativen Umfeld verkauft werden, allerdings mit der Auflage, diese keinesfalls im Schanzenviertel zu tragen. Auch der Autor dieser Zeilen konnte in einem neuen weißen Anzug auf der Vernissage von „Stile der Stadt“ herumstehen. Bierselig zankte ich mich mit dem Künstler Burwitz herum. „Das ist ein sozialer Brennpunkt hier!“ rief dieser. „Quatsch Brennpunkt!“ rief ich zurück. „Das ist der letzte zentrale Stadtteil, in dem noch arme Leute wohnen.“ „Ich weiß wovon ich rede!“ rief Burwitz. „Wir sind durch die Hochhäuser gezogen! Das ist echt hart hier!“

Auch die Off-Kunst-Szene ist empfänglich für den Reflex, von „niedriger Kaufkraftbindung“ auf „Problemstadtteil“ zu schließen. Das mag auch an den Argumentationsstrategien liegen, die Künstler aufwenden müssen, um in urbanen Brachen an günstige Ateliers und Ausstellungsräume zu kommen. Stadtväter und Vermieter wollen auf keinen Fall, dass renitente Zwischennutzer potenzielle Investoren vergraulen. Andererseits wünschen sie sich eine imagefördernde Belebung, um diese erst anzulocken. Wenn es mit der Brache klappen soll, müssen Künstler also tunlichst argumentieren, dass ihre – zeitlich natürlich klar eingehegten – Projekte einen irgendwie positiven Effekt in einem irgendwie problematischen Gebiet haben. Im Falle der Großen Bergstraße, die seit 2005 als Sanierungsgebiet deklariert ist, werden sie dabei patroniert von einem wohlmeinenden „Quartiersmanagement“. Das ist, anders als der Name vermuten lässt, keine Einrichtung der Stadtentwicklungsbehörde sondern eine private Interessensgemeinschaft von Gewerbetreibenden. „Wir haben hier durch ganz viele Kulturprojekte das Image verbessert“, weiß Mitarbeiterin Katharina Regenstein zu vermelden. Nun sind Quartiersmanagerinnen kein Kuratorium und deshalb tummelt sich hinter den ehemaligen Schaufenstern des „Forum Altona“ ein wahlloses Durcheinander von Projekten: vom großformatigen Kunstmalerkitsch über die sperrigere „Blinzelbar“ bis zu dem eher großbürgerlichen „Kulturwerk“, in dem der Financial Times-Chefredakteur und John Neumeiers Balletdirektorin im Beirat sitzen. Die „gute“ Off-Kunst setzt sich dabei von der „naiven“ Imageförder-Kultur im Wesentlichen dadurch ab, dass sie die eigene Rolle im Gentrifizierungs-Prozess problematisiert und das „Image der Sorgenzone“ (Stile der Stadt) hinterfragt.

Revolution im Disneyland

Mit dem „Ding Dong!“-Festival tauchte im Frühjahr 2006 ein Big Player am Belebungshorizont der Großen Bergstraße auf: Die Industrie. Getarnt als „Art Initiative“ meldete ein transnationaler Kaffeekonzern Bedarf an einem Kunstfestival an, das ein neues „Kaffeepadsystem“ – Motto „Experience the Revolution“ – einem jungen, kreativen Publikum nahe bringen sollte. Die Türen zum Frappant-Gebäude, die etwa für „Stile der Stadt“ verschlossen geblieben waren, flogen mit Schwung auf, denn der Konzern brachte Geld mit. Er ließ eine Sprinkleranlage installieren, bezahlte die Heizkosten sowie in ausreichender Menge Security-Männer mit Knopf im Ohr und stellte ein ordentliches Budget zur Verfügung, damit Künstler aus dem Erdgeschoss des Ex-Kaufhauses eine Installations- und Barlandschaft machen konnten. Drei Wochen lang Kunst-Party-Event kosteten die Kaffeeröster 230 000 Euro, die Promotion-Agentur nicht mit eingerechnet. Doch sie brachten auch den gewünschten Marketing-Effekt. „Wir mussten 50 Millionen Kontakte erzielen mit diesem Event“, so Kim Pörksen, Co-Kurator von Ding Dong!. „Über Direktkontakte, Flyer, Plakate, Zeitung, Website und so weiter.“ Die Rechnung ging voll auf. Einen April lang schien der vielgeschmähte Frappant-Schandfleck der Piazza im Schanzenviertel den Rang abgelaufen zu haben. Am Abschlussabend kamen rund 3500 Besucher, die Schlange ging ein Mal ums Gebäude herum. Ding Dong! wirkte wie die eine gut gemachte TV-Serien-Version eines Off-Kunst-Ortes – original Golden-Pudel-Klub-DJs mit crazy Japan-Bands im geschmackvoll zusammengeklopften Spermüll-Ambiente. Aber das Projekt sprach eben nicht nur das szeneaffine Publikum an. Nachmittags stapften durch die bunten, begehbaren Installationen migrantische Familien ebenso wie Kindergartengruppen. Von der „seriösen“ Kunstkritik mit Naserümpfen bedacht, hatte Ding Dong! allemal den Vorzug, dass es niedrigschwellig genug für eine Anwohnerschaft war, die in inhaltlich gewichtigere Ausstellungen wie „Stile der Stadt“ nur sehr vereinzelt hineinstolperte. „Es ging ja eher um Disneyland“, sagt Kim Pörksen, der überhaupt kein Problem damit hat, eine Kunstplattform zu Werbezwecken zu konzipieren: „Es ist okay, solange man nicht zum direkten Erfüllungsgehilfen wird.“

Die Ding-Dong-Macher sind Vertreter einer neuen Kreativen-Zunft zwischen Kunst und Marketing, die ihren Markenkunden erfolgreich beipulen, dass es cool und imagefördernd sei, Künstlern eine Spielwiese zu finanzieren, statt sich von ihnen Wodkaflaschen oder Zigarettenpackungen gestalten zu lassen. „Advertising sucks!“ lautet die Überschrift für den Einführungstext im Ding-Dong-Katalog. „Ich glaube fest daran“ schreibt Ding-Dong-Mastermind Derek Richards hier, „dass die Marken, die ihrer Verantwortung dadurch gerecht werden, dass sie sich fragen, was sie für die Leute tun können, die sie als Konsumenten gewinnen wollen und dementsprechend handeln, mehr öffentliche Aufmerksamkeit bzw. ‚Image’ gewinnen, wie Marketing-Nerds es zu nennen pflegen. Idealerweise ist also eine Win-Win-Situation für alle erreichbar.“ Dass das Produkt im Bild war, war am Ende nicht ganz so nebensächlich: Am Tag, nachdem Ding Dong! das Frappant-Gebäude geräumt hatte, begehrte ein Fotograf mit Kaffeemaschine Einlass in die leeren Räume. Er hatte vergessen, während des Festivals eine der Maschinen zu fotografieren, die überall herumstanden und musste dieses nun unter original Lichtverhältnissen nachholen, um die Geräte dann per Computer in das ein oder andere Festival-Foto hineinkopieren zu können.

Hoffen auf die Kette

Nicht nur für das revolutionäre Kaffeepadsystem, auch für Quartiersmanagerinnen und Bezirkspolitiker war Ding Dong! ein Glücksfall. Führte es doch in Form eines Kunst-Party-Laborversuches vor, wie es sein könnte, wenn das erwünschte Publikum das Gebiet massiv infiltriert. Man ist voller Hoffnung, dass das frisch gebackene Sanierungsgebiet Altona-Altstadt einen zügigen Gentrifizierungsprozess durchläuft. Die Zeichen stehen günstig, finden die Stadtplaner. Schon die zwei Jahre alte GEWOS-Studie stellte fest, dass das Gebiet „als Wohnstandort zunehmend von jungen Menschen, darunter Studenten und junge Kreative, nachgefragt“ wird.

„Man sieht ja am Schanzenviertel, was das für eine Dynamik entfalten kann“, sagt Frau Regenstein vom Quartiersmanagement, die auch durchaus den festen Willen ihrer Institution bekundet, dass Kultur hier „nicht nur als Zwischennutzer, sondern durchaus fest verankert“ werden müsse. Unter der Überschrift „Ideenwerkstatt“ stehen an der Pinnwand im Quartiersmanagement-Büro weitere fromme Wünsche: „Eine Große-Bergstraßen-Universität gründen“ zum Beispiel, oder auch „preiswerte große Wohnungen“. Die von GEWOS fachmännisch erarbeiteten „Sanierungsziele“ sehen natürlich anderes vor: „Schaffung zusätzlichen Wohnraums für Haushalte mit höherem Einkommen“ heißt es dort – nur ein paar Spiegelstriche unter „Förderung von Künstlerprojekten“. Was her muss, damit die Resterampen-Brachenlandschaft endlich die ersehnte „Stabilisierung und Optimierung des Einzelstandorts“ erfährt, ist längst schon klar: Ein „Ankermieter“ muss her. Ankermieter, erläutert Frau Regenstein, sind große Ketten, die die kleinen Einzelhändler nach sich ziehen. So etwas wie Media Markt oder H&M eben. Aber die gibt es ja schon im Mercado, einen Steinwurf entfernt.

Mit einigem Recht durften sich die kreativen Trockenwohner in der Großen Bergstraße daher bisher Hoffnung darauf machen, dass so bald kein Investor in unmittelbarer

Nähe zum Ottensener Konsumpalast ein weiteres Shopping-Monstrum abwerfen will. Gerade erst hat sich das Hafenklang, dessen Räumlichkeiten an der Großen Elbstraße saniert werden, unter dem Namen „Ex-Frappant“ im ehemaligen Karstadt breitmachen dürfen. Ende Oktober dann die Nachricht: ein Schweizer Investor namens „K-Werkstatt“ hat das Frappant-Gebäude erworben. Man plant 50 000 Quadratmeter Geschossfläche – mehr als derzeit – mit etwa 300 Wohnungen und einer „auf zwei Geschossen großzügig verglasten Fassade“ mit „durch Transparenz überzeugenden Einzelhandelsflächen“. Zwar lässt die Bild-Zeitung den Oberbaudirektor Jörn Walter schimpfen, er könne sich „da beim besten Willen kein Glashaus vorstellen.“ Doch auf Nachfrage erklärt der Schweizer Investor, die Glasfassade sei ein „reines Volumenmodell“ und dass man für die Realisierung einen Wettbewerb unter Hamburger Architekten ausrufen werde. Und so gibt es dann auch für Walter keinen Zweifel: „Am Ende wird in Altona ein wunderschönes Einkaufszentrum stehen.“ Dann ist es endlich vorbei mit der sinkenden Kaufkraftbindung.

Netzwerk statt Hängematte

„Erfolgreich ist, wer die Lösung kennt“, schlaumeiert die Deutsche Bank. In Hamburg zerbrechen sich darüber zurzeit Vertreter zweier Branchen den Kopf, die unterschiedlicher nicht sein könnten: Wachleute und Künstler. Ob sie von einander wissen?

Von Tina Petersen

Frank Tschäpe kommt direkt aus der Nachtschicht, aber er findet: „Verdi kann nicht alles alleine machen, jetzt müssen wir mal ran.“ Er ist Wachmann, schon seit 1995, als das „noch so etwas Besonderes war, dass man da nur über Beziehungen reingekommen ist“. Damals gab es 7,10 D-Mark in der Stunde. In diesem Jahr konnte seine Gewerkschaft den Chefs des Sicherheitsgewerbes einen Tarifvertrag über 6,50 Euro die Stunde abringen – brutto, selbstverständlich. Das ist ein Euro weniger als der Mindestlohn, für den Frank Tschäpe an einem grauen Oktobertag in der Mönckebergstraße mit der Frage „Arm trotz Arbeit?“ die Herzen zu erwärmen versucht.

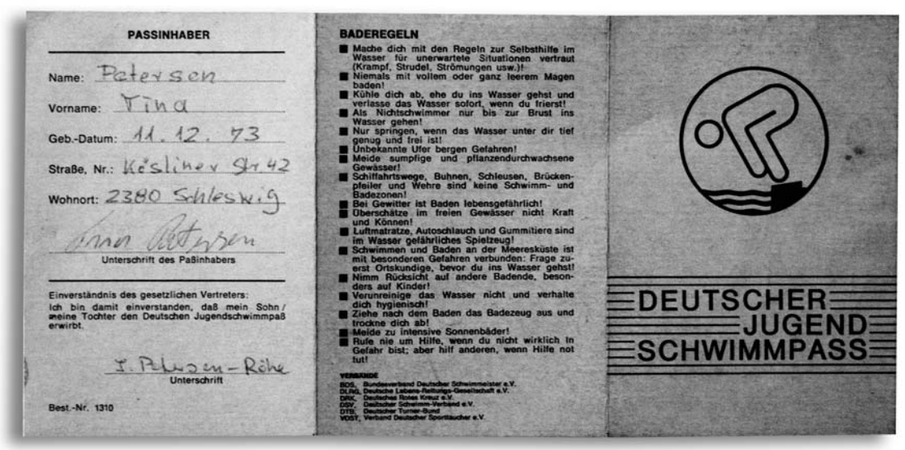
Wenig später an nicht minder grauen Novembertagen versammeln sich in der Museumstraße in Altona Künstler und vor allem Betreiber verschiedener Off-Galerien und anderer freier Kunstorte, von B wie Bildwechsel bis W wie Westwerk. Sie alle sind von Haus aus Spezialisten im Arm-sein trotz Arbeit. Da aber seit geraumer Zeit die öffentlichen Mittel, die ihre Arbeit fördern, immer weniger, sie selbst aber immer mehr werden, wurde es auch für sie Zeit, eine neue finanzielle Perspektive zu entwickeln. Diese könnte eine Stiftung sein: eine basisdemokratisch ausgeheckte, in der ein von ihnen selbst gewähltes Gremium mit begrenzter Amtszeit die Gelder reicher Leute vergibt. Bevor es mit dieser Idee im nächsten Jahr in die heiße Phase gehen soll, will man vor allem die richtigen Fragen stellen, um sich „politisch zu alphabetisieren“, wie es Tim Voss zusammenfasst. Er ist Koordinator der Zusammenkunft in Altona, die „Wir sind woanders“ hieß.

Frank Tschäpe hat es gerade noch geschafft, nicht „die so genannte Hamburg-Macke“ zu kriegen. 1998 ist er aus Greifswald hierher gezogen – der Arbeit wegen – und im September war er nun, „das muss ich grad’ noch erzählen“, zum ersten Mal seitdem im Urlaub. „Können Sie sich das überlegen?“ Er war mit seiner Freundin an der Ostsee in Polen. „War sehr schön, endlich mal raus aus dem Trott!“

Tschäpe arbeitet sowohl im Tag- als auch im Nachtdienst der Firma „Group 4 Securicor“, meist aber im Nachtdienst. Dann kommt er um 8.20 Uhr morgens nach Hause, isst und trinkt was, wäscht sich und geht schlafen. „Vier, fünf, höchstens sechs Stunden, denn Tagschlaf ist kein Nachtschlaf.“ Danach isst er wieder was, meist mit der Freundin, die ihn dann zum Einkaufen begleitet und, wenn das Wetter schön ist, auch noch eine Runde mit ihm dreht. „Das ist alles, dann muss ich mich schon wieder vorbereiten für die Arbeit.“

Auf die Idee mit der Stiftung kam man im Kreise der freien Off-Kuratoren, um zu verhindern, dass es wieder zu einer Umverteilung der kläglichen Mittel „von unten nach ganz unten“ komme, wie es Tim Voss beschreibt. Im Jahr zuvor hatte die Kulturbehörde den Topf der Projektförderung – hieraus werden einzelne Künstler unterstützt – einfach in den der Programmförderung – hieraus die Arbeit der freien Kunstorte – geschüttet, so dass es die Projektförderung praktisch nicht mehr gab. Dass es potenzielle Geldgeber für eine weitere Stiftung geben könnte, hatte Kultursenatorin Karin von Welck, die die Idee aus dem Off prinzipiell unterstützt, auf ihren Sammeltouren für die „Stiftung Elbphilharmonie“ erfahren. Da traf sie nämlich auf den ein oder anderen Spendewilligen, der explizit nicht für Hamburgs neues Wahrzeichen, wohl aber in die leeren Taschen der Unetablierten geben würde.

Entscheidender Clou der ganzen Angelegenheit aber wäre, dass eben nicht der Spenderwille über allem stünde und auch keine bedeutungsschweren Anträge mehr eingereicht werden müssten, sondern schlicht Finanzkonzepte. Es soll Schluss sein mit der Bittsteller-Position und Augenhöhe bewahrt werden.



Angst um den Billigjob

Frank Tschäpe war früher schon in der Gewerkschaft. 1992 ist er in die IG Bau eingetreten, weil er damals in einer Reinigung gearbeitet hat. Von Verdis „Organizing“-Projekt im Sicherheitsgewerbe hat er nur durch Zufall erfahren. „Mir ist von einer Kollegin erzählt worden, dass bei ihr Leute waren, die Leute suchen, die aktiv bei einer Kampagne mitmachen würden. Sie sagte zu mir, ‚ich hab’ deinen Namen genannt, war das richtig?’“ Seitdem ist Tschäpe dabei, wenn sich alle zwei Wochen die Runde der bewachenden Billiglöhner trifft. Sie werden nicht nur immer mehr, wie er sagt, sondern „immer mehr getrauen sich auch, mal den Mund aufzumachen“. Die Angst ist das größte Problem, „selbst dieser Job, dieser billige Job, der wird so festgehalten“, sagt Tschäpe, „verständlich, bei der hohen Arbeitslosigkeit“. Natürlich ist er deswegen auch dabei, wenn es darum geht, den Wert der Arbeit in die Höhe zu treiben. Mit einem Stundenlohn von 7,50 Euro? Das ist nicht gerade viel, das weiß auch Frank Tschäpe. „Aber wenn man bedenkt, dass viele meiner Kollegen bis eben 6,17 Euro bekommen haben, dann wäre das ein Anfang. Es wird so schon schwer genug, denn die Arbeitgebervertreter sind alle dagegen.“

Geldregen für Bettler

Lange Zeit schon waren zumindest einige Vertreter der nun 32 zusammengeschlossenen Kunstlokalitäten mit der Idee eines Symposiums schwanger gegangen. Im Hinblick auf eine Vernetzung und die Stiftung wollten sie sich „kontextualisieren“ in dieser Stadt, in der Gesellschaft. Denn: „Wir sind alles durchprekarisierte, neoliberalisierte, kreative Existenzgründer, die unter idealistischen Ansätzen versuchen, etwas klar zu machen“, sagt Tim Voss. Sie wollen aber nicht der Prototyp der Zukunft sein, des auf sich allein Gestellten, der einzigartige Höchstleistung erbringt, obwohl es kein Netz gibt, das ihn notfalls auffängt. Auch nicht zum lebenden Beweis, dass Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall und feste Arbeitszeiten nur fett, faul und müde machen. Sie konnten der Idee einer Tagung aber kein Leben einhauchen und blieben meist bei der Feststellung ihrer Einzigartigkeit hängen. Wie sich da denn auf was Gemeinsames einiges? Dann kam ein Begeisterungssturm inklusive Geldregen aus den Häusern der Hochschule, des Berufsverbands bildender Künstler (BKK) und der Kulturbehörde. „Wir fanden uns also in der bizarren Situation wieder, auf einmal Geld angeboten zu kriegen, wo wir doch sonst immer um jeden Cent betteln müssen. Warum?“, fasst Voss den letztendlichen Kick zusammen. Schnell einigte man sich auf gemeinsame Fragen, die auf dem „Wir sind woanders“-Symposium gestellt werden sollten. Die Psychologin und Autorin Christina Kaindl wurde gebeten, der Frage nachzugehen, wie „alternative Entwürfe von Leben, Arbeiten und Selbstbestimmung“ aussehen könnten. Schließlich sind so viele für das neoliberale Modell empfänglich, weil es auch Wünsche nach individueller Verantwortung oder Hingabe aufgreift. Außerdem lud man den Künstler Enno Schmidt ein, der seit 2006 mit Daniel Häni die „Initiative Grundeinkommen“ betreibt. Ist es „ein Fahrzeug für neues Denken“? Eine „vernünftige Folge wirtschaftlichen Fortschritts“? Auf jeden Fall die Möglichkeit ‚nein’ zu sagen, zu schlecht bezahlten Jobs?

Frank Tschäpe arbeitet 240 Stunden im Monat, also 80 die Woche, viele seiner Kollegen, die keine „Objektzuschläge“ wie er erhalten, arbeiten bis zu 300, sonst kämen sie gar nicht über die Runden. Die CDU hat unterdessen bekräftigt, dass es mit ihr keinen gesetzlichen Mindestlohn geben werde, er führe zu mehr Arbeitslosigkeit, stimmte Fraktionschef Volker Kauder in den Chor des immer gleichen Argumentes ein. Gerade wo die Löhne sehr niedrig seien, würden Arbeitsplätze wegfallen, denn die Reinigungs- oder Gastronomiebranche könnten im Wettbewerb nicht bestehen, wenn sie nicht unterbieten dürften. Das Institut für Arbeit und Technik hat errechnet, dass im Falle der Einführung eines Mindestlohnes von 7,50 Euro in Deutschland 4,6 Millionen Menschen Anspruch auf eine Lohnerhöhung hätten. Das sind 14,6 Prozent der abhängig Beschäftigten in diesem Land und 80 Prozent davon sind im Dienstleistungsgewerbe tätig. Übrigens: In 18 von 25 EU-Ländern gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn.

Budenzauber 2007

Nach „Wir sind woanders“ kommentierte ein Gast das Symposium wie folgt: „Der größte Gewinn ist wohl, sich mit dem Symposium 06 wirklich treffende Fragen für, wie Tim so schön sagte, den großen Budenzauber 2007 entwickelt zu haben. Zudem sind wieder neue kleine Brücken entstanden, die wiederum neue Wege eröffnen. Den einzig kritischen Punkt habe ich persönlich darin entdeckt, dass die Basis nicht gerade durch Anwesenheit geglänzt hat. Dies mag durchaus mehrere Gründe haben, aber Fakt ist: Um zu diskutieren, muss man zusammenkommen. In diesem Sinne – auf 2007.“

Nach der Aktion in der Mönckebergstraße sagt Frank Tschäpe: „Nur mit der Öffentlichkeit können wir was erreichen. Wenn wir unser eigenes Süppchen unter uns kochen, nützt das gar nichts. Da die letzten Jahre nichts passiert ist, wollen wir den Arbeitgebern nun zeigen, dass wir nicht länger gewillt sind, unseren Kopf hinzuhalten, wie wir es bisher gemacht haben. Nicht nur wir drei oder vier Hanseln hier, heute sind wir erschreckend wenig.“

Klub der Seelsorger

Wer in einer Krise steckt oder sich entwickeln will, sucht oft Unterstützung beim Psychotherapeuten. Rund 200 Hamburger haben gelernt, es anders zu machen: Sie helfen sich gegenseitig bei der Persönlichkeitsentwicklung. Susie Reinhardt fragt den Grundkurstrainer für Co-Counselling Rudolf Giesselmann nach dieser Methode

Scheckheft GEPFLEGT: ***Was ist Co-Counseln?***

Rudolf Giesselmann: Wenn zwei Personen sich treffen und einer vor dem anderen über sich spricht, etwas loswird und etwas für sich klärt. Nach der Hälfte der vereinbarten Zeit wird der, der zuerst gesprochen hat, zum Zuhörer.

Eine Art Do-It-Yourself-Therapie?

Giesselmann: Do-It-Yourself auf jeden Fall, aber das Label Psychotherapie möchte ich der Methode nicht geben. Das klingt zu sehr nach Krankheiten und Defiziten. Beim Co-Counselling ist die Blickrichtung: Ich lerne etwas Neues. Man kann das mit dem Lernen einer neuen Sprache vergleichen. Wenn ich nach Spanien fahre und mich stört, dass ich mich dort mit niemandem unterhalten kann – dann kann ich mich entscheiden einen Spanischkurs zu belegen, um das zu ändern. Ähnlich ist das, wenn ich mir beispielsweise mit meinen Chefs oder Kollegen immer ähnliche Probleme einhandele. Dann kann ich auch beschließen, noch einmal genau hinzusehen und ein neues Verhalten zu lernen. Das eine nennt man Sprachkurs, das andere Coaching oder Therapie – aber es geht immer ums Lernen.

Dann hole ich mir Beratung, ähnlich wie beim Coaching?

Giesselmann: Beim Co-Counseln gibt es allerdings keinen Coach – man muss die Dinge, die man angehen möchte, selbst in die Hand nehmen. Ausgangspunkt der Arbeit mit dieser Methode ist es mitzukriegen, was in mir selbst vorgeht. Damit schaffe ich mir Orientierung. Dann kann ich mir das, was auf mir lastet, von der Seele reden und etwas leichter und klarer darauf blicken, was es zu tun gibt.

Hat man dafür nicht gute Freunde?

Giesselmann: Ja, fürs Reden und Ratschläge bekommen habe ich Freunde. Co-Counseln geht aber über das, was ein gutes Gespräch unter Freunden ist, deutlich hinaus.

Jetzt bin ich aber gespannt. Wie läuft denn nun so eine Sitzung ab?

Giesselmann: Typisch ist, dass es eine Phase gibt, in der man sich entlastet. Wo man das, was man mit sich herum trägt, loswerden kann. Das können Sachen sein, die man sich sonst nicht zu erzählen traut, weil man selbst gar nicht sicher ist, ob sie Sinn machen. Oder weil man sich der Dinge schämt. Es können auch belastende Gefühle sein, die man im Alltag nicht rauslassen möchte. Beim Co-Counseln können all diese Dinge ausgedrückt werden. Diese Entlastung ist ein wichtiger Bestandteil der Methode. Auf einen Freund nimmt man Rücksicht, man will ihn nicht überfordern, man schaut immer wieder, wie es ihm gerade mit dem Gesagten geht. Beim Co-Counseln kann man mit seiner Aufmerksamkeit bei sich selbst bleiben.

Und was macht der andere dabei?

Giesselmann: Erst einmal: aufmerksam zuhören! Dann gibt er mir Impulse, beispielsweise den, im Sprechen inne zu halten und mal zu gucken: Wie würde ich mir selbst auf das gerade Gesagte antworten? Welche Gedanken oder welche Bilder kommen mir zu diesem Thema? Manchmal macht der Zuhörer mich auch aufmerksam auf eine bestimmte Körperhaltung oder eine Handbewegung, die ich beim Reden eingenommen habe. Der andere hilft mir dann in den Blick zu bekommen, dass mein Körper mir vielleicht schon einige Fragen beantwortet hat. Ein Vorschlag kann sein, etwas zu wiederholen, um besser selbst hören zu können, was man da gesagt hat. Oder der Zuhörer bittet, konkret zu werden und nicht im Allgemeinen hängen zu bleiben.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Giesselmann: Nehmen wir an, jemand sagt: Meine Nachbarn können mir den Buckel runterrutschen! Dann wäre die Intervention zu fragen: Welche meinst du? Was ist genau passiert? Dann geht es darum, diese Situation kleinteilig anzusehen und vor die erste Interpretation der Situation zurückzugehen: Was genau habe ich gesehen? Was habe ich mit eigenen Ohren gehört? Meiner Erfahrung nach lösen sich dadurch viele Interpretationen in Luft auf, weil sich beim kleinlichen Auseinandernehmen zeigt, dass die Situation sich anders darstellt, als ich ursprünglich angenommen hatte. Der Vorteil ist, dass man dadurch ein ganz anderes Standing bekommt. Wenn ich so genau auf eine Situation geguckt habe, bin ich klarer und habe auch mehr Sicherheit, mich in der Sache zu behaupten – ich bin dann nicht mehr derjenige, der sich hauptsächlich mit seinen Fantasien herumschlägt.

Für wen ist Co-Counselling gedacht?

Giesselmann: Für jeden, der etwas mit sich vorhat, das über das hinausgeht, was gerade ist. Wenn er ein „Update" braucht, wenn er etwas, das er in der Vergangenheit gelernt hat und brauchbar war, nicht mehr als angemessen und konstruktiv erlebt. Oder einfach wenn jemand meint: Da gibt es etwas, worüber ich immer stolpere, ich würde gerne wissen, warum und ob ich auch anders handeln könnte. Co-Counselling ist eine Möglichkeit, das anzugehen.

Was wären konkrete Anlässe, warum jemand sich für die Methode entscheidet?

Giesselmann: Wenn eine Beziehung zerbrochen ist, kann man das Co-Counselling nutzen, um den eigenen Anteil daran zu verstehen und wieder sicherer zu werden. Oder wenn jemand seit anderthalb Jahren auf Jobsuche ist, es immer mal wieder zum Bewerbungsgespräch gebracht hat, aber nicht eingestellt wurde – und wenn dieser Mensch meint, er müsste das besser verstehen, was da passiert und Neues dafür lernen. Noch ein anderes Beispiel: Jemand rief mich wegen Co-Counselling an und stellte sich so vor: Ich habe beruflich viel erreicht, bin jetzt gerade Abteilungsleiter geworden, habe eine nette Frau, zwei Kinder, die gut in der Schule sind – und plötzlich kommt mir das Leben auch fade vor. Vorher hatte ich immer ein Ziel vor Augen, habe meine Energie eingesetzt, Dinge zu erreichen. Wohin soll es jetzt weitergehen?

Herrscht bei diesem Menschen, dem der Lebenssinn abhanden gekommen ist, nicht die Erwartung: Sag mir mein neues Ziel?

Giesselmann: Doch, das gibt es natürlich. Wir alle wollen natürlich, dass jemand kommt und uns rettet. Co-Counseln bietet das leider – oder Gott sei Dank! – nicht an. Ich bin es letztendlich selbst, der mich rettet. Andere werden mir helfen und es tut gut, jemanden dabei zu haben, der mir seine Aufmerksamkeit schenkt und von dem ich mich verständnisvoll begleitet fühle. Aber tun muss ich es selbst. Das ist so ähnlich wie Vokabeln lernen: Wenn mich jemand unterstützt und wunderbar abfragt, mag das die Sache erleichtern, aber das Buch aufschlagen und mir die Zeit zu lernen einrichten, das muss ich immer selbst tun.

Man könnte vermuten, es ginge bei der Methode eher ums gegenseitige Schulterklopfen?

Giesselmann: Nein, Co-Counseln ist Arbeit! Da zeigt sich auch der Unterschied zu einem Gespräch mit Freunden. Arbeit für sich selbst – und dann auch für das Gegenüber. Letzteres bedeutet ein hochkonzentriertes Mitgehen mit dem anderen, mitzudenken, was dieser tun könnte, um in seinem Prozess weiterzukommen. Natürlich ist das auch bewegend, erfüllend und es kann auch Spaß machen.

Trennung oder Sinnverlust im Leben sind ja auch die gängigen Anlässe, um eine Psychotherapie zu beginnen. Die gibt es umsonst, auf Krankenschein, und ich kann sicher sein, dass ich es mit einem studierten Profi mit Zusatzqualifikation zu tun habe. Warum sollte ich mich stattdessen in die Hände eines Halb-Laien begeben, der gerade mal einen 40-stündigen Grundkurs in Co-Counselling absolviert hat?

Giesselmann: Ich begebe mich nicht in die Hände von jemandem, sondern ich habe in dem Kurs vor allem gelernt, mit mir selbst umzugehen, mich auszudrücken, mich wahrzunehmen. Es geht nicht darum, als Minitherapeut eine Art Laientherapie mit anderen Menschen durchzuführen. Sondern ich bin für einen Einzelfall trainiert – für mich selbst.

Und der andere für sich?

Giesselmann: Ja und darin sehen viele das Besondere des Co-Counselling: Ich weiß, warum mein Gegenüber wie interveniert, darum ist der Prozess beim Co-Counseling für mich transparent. Außerdem ist das Setting einfach anders als in einer Therapie. Man verharrt nicht in der abhängigen Position, sondern begegnet sich in Gleichwertigkeit, weil man in einer Sitzung sowohl seine Stärken erleben – als Unterstützer des anderen – als auch seine Schwächen zeigen kann. Es kann ermutigend wirken, einen anderen zu sehen, der an sich arbeitet und neue Schritte wagt.

Weitere Informationen:
http://www.co-counseln-lernen.de

Park ohne Herz

Auch in Hamburg hat der Marketing-Schlachtruf „Sichtbarkeit!“ eine zweite Seite: Die Forderung nach Unsichtbarkeit. Während sich die Stadt mit blauen Toren schmückt, möchte man fliegende Container nicht so gerne sehen. Zumindest nicht über Park Fiction im Bezirk Mitte.

von Britta Peters

Martin Eckert vom Hamburger Verein „Leben mit Behinderung“ sieht die Angelegenheit, wie er sagt, humorlos. Auf die Frage, ob man es als Behinderter nicht manchmal leid sei, ständig als Alibi missbraucht zu werden, für etwas, das aus anderen Gründen als der beschworenen Barrierefreiheit nicht gebaut werden soll, folgt ein kategorisches Nein. Wenn es der Sache diene, sei es vollkommen unwichtig, auf welchen tieferen Beweggründen die Forderung nach einer behindertengerechten Bauweise ursprünglich basiere.

Andere tun sich da mit einer Stellungnahme im Konflikt um das – auf Stelzen konzipierte, „fliegende“ – Park Fiction-Archiv wesentlich schwerer. Nach einer zehnjährigen Planungsphase konnten im August 2005 tausende Anwohner, Künstler und Unterstützer mit dem Ende des ersten Bauabschnitts die Eröffnung des durch die Teilnahme an der Documenta 11 im Jahr 2002 international bekannt gewordenen Kunstprojekts feiern. Doch schon zu diesem Zeitpunkt wird die Freude über den Park durch die Blockade des dazugehörigen Archiv-Gebäudes getrübt. Im Oktober dieses Jahres ließ Park Fiction nun endgültig Konsequenzen auf die andauernden Querelen mit dem Bauausschuss des Bezirksamts Mitte folgen: Die Initiative zieht den durch die Kunstkommission zur Realisierung empfohlenen Archiv-Entwurf von Christoph Schäfer zurück.

Wünsche auf der Straße

Ironischerweise spielt die Finanzierungslücke, sonst das übliche Aus so vieler Projekte, in diesem Fall keine Rolle. Statt an fehlendem Baugeld krankt die Aufstellung des Archivs seit nunmehr vier Jahren offensichtlich an fehlendem Bauwillen: Die Kostenübernahme für die Aufstellung des an einem utopischen Entwurf von El Lissitzky orientierten aufgebockten Containers ist bereits 2002 durch die Kulturbehörde zugesichert worden. Die grundsätzliche Entscheidung, das gesamte Projekt zu fördern, fiel noch fünf Jahre früher. 1997 wurde die Realisierung von Park Fiction im Rahmen des durch die Kulturbehörde ausgelobten „Kunst im öffentlichen Raum“-Programms „weitergehen“ beschlossen und zwar nicht irgendwo, sondern auf dem lukrativen Hafenrand-Grundstück Pinnasberg/Ecke Antonistraße. Das kommt bis heute einem kleinen Wunder gleich. Jetzt allerdings macht es den Eindruck, als solle das Wunder rückwirkend entzaubert werden, als würde nach Kräften daran gearbeitet, die politische Botschaft des Parks zu neutralisieren.

Denn dass es mit dem Park zwar stets auch um ein reales Stück Stadt, aber nicht nur darum ging, war von Anfang an klar. „Die Wünsche werden die Wohnung verlassen und auf die Straße gehen!“ war das zentrale Motto sämtlicher Aktivitäten. Neben der konkreten Verbesserung des Wohnumfelds für die Anwohner von St. Pauli zielt das Projekt damit auf eine grundsätzliche Infragestellung von Planungsprozessen, Entscheidungsstrukturen und Besitzverhältnissen in der Stadt. Für die Documenta wurde unter der Fragestellung: Wie stellt man einen sozialen Prozess dar? erstmals das Archiv zusammengestellt. Als Herberge für „Wunscharchiv“ und „Gartenbibliothek“ ist es Herzstück des Projekts und seit Jahren fester Bestandteil der Planungen. In ihm soll nicht nur rückwirkend Material gesammelt und zur Verfügung gestellt werden, sondern von dem Archiv sollen weitere Forschungen und Experimente im urbanen Raum ausgehen, wie etwa 2003 der Kongress „Unlikely Encounters in Urban Space“ oder, vor wenigen Wochen, das Symposion zu Kunst im öffentlichen Raum „Umsonst und Draußen“.

Gefahr droht von allen Seiten

Nun sieht man dem Park in seinem jetzigen Zustand die Radikalität nicht ohne weiteres an. Zwangsläufig sind bei der Realisierung der in der Planungsphase gesammelten Anwohner-Wünsche Zusammenfassungen, Modifikationen und Auslassungen entstanden, die die Auseinandersetzungen und das Chaotische des gemeinsamen Formfindungsprozesses geglättet haben. Wer den Park ohne Vorwissen durchquert, empfindet ihn bestenfalls als extrem: extrem gestaltet, extrem vielgesichtig und extrem bunt. So gesehen könnte es sich aber auch um eine öffentliche Ausstellung der Landschaftsgärtner-Innung handeln. Ohne ein prominent gesetztes Archiv ist der kollektive und emanzipatorische Prozess, der den Park hervorgebracht hat, nicht sichtbar. Er droht in Vergessenheit zu geraten.

Genau das, nämlich den Park durch Unsichtbarkeit seines Entstehungsprozesses langfristig entpolitisieren zu wollen, kann aber durchaus als Interesse der anliegenden

Immobilienbesitzer unterstellt werden. Tendenziell drängt, so Margit Czenki, Mitinitiatorin und zentrale Kraft von Park Fiction, derzeit alles in den Park. Geradezu krakenhaft breiten sich die „Riverkasematten“ aus, veritable Zweit-Immobilie des „Rote Flora“-Käufers Klausmartin Kretschmer. Die Auflagen des Denkmalschutzamts scheinen ihm dabei weniger Schwierigkeiten zu bereiten als Park Fiction. Aktuell ist ein Versorgungsanbau für die Gastronomie geplant, der zwar das Gesamtbild des historischen Hafen-Ensembles zerstören wird, aber offensichtlich dringend notwendig ist, um die Salatköpfe nicht weiterhin offen im Container lagern zu müssen, wie die Bild-Zeitung letzten Sommer angeekelt auftischte. Während Kretschmer und seine Pächter von unten drücken, droht von oben Ärger aus dem Neubau von Burim Osmani, Ecke Bernhard-Nocht-Straße. Ein großer Teil der Wohnungen darin befindet sich mittlerweile im Besitz von Hans Barlach, Enkel des berühmten Bildhauers Ernst Barlach, ehemaliger Galerist, neuerdings Mitbesitzer des Suhrkamp-Verlags und seit langem schon Immobilienkaufmann.

Um die Zeit bis zur Realisierung des Archivs mit einem sichtbaren Zeichen zu überbrücken, hat Park Fiction mit Zustimmung aller Anwohner und Behörden ein Schild auf dem Kreisverkehr Antonistraße/Bernhard-Nocht-Straße aufgestellt, das auf den Entstehungskontext des Parks verweist. Überhaupt sind während der vergangenen Jahre alle Entscheidungen kleinteilig, wenn nicht nanoteilig, am Runden Tisch besprochen worden. Doch plötzlich scheint sich, so Czenki, niemand mehr an die Abmachungen halten zu wollen. Hinweise dafür gibt es genug: Mitglieder des Bauausschusses, die im Namen und Interesse des Osmani-Hauses ganz spontan vorschlagen, das Park-Fiction-Bauschild einfach abzureißen; ein Teil des Ausschusses, der sich plötzlich für ein Schauermann-Denkmal auf dem Kreisverkehr stark macht, statt die längst beschlossene Aufstellung des Seeräuberinnen-Brunnen an dieser Stelle zu respektieren, und natürlich die massive Einmischung in die Gestaltung des Archivs. Die gipfelte schließlich in der Forderung, der Container, eine Art alternative „Info-Box“ zur Park-Baustelle, geplant für das Parkstück zwischen Pudel Club und Treppe, solle doch bitteschön erstens tiefergelegt und zweitens hinter den Büschen vor den Hafenstraßenhäusern auf Höhe des Buttclubs versteckt werden. ▶

Sieg über die Schwerkraft
Mit dem Typ des eleganten, vertikalen Bürohauses erfand der russische Konstruktivist El Lissitzky 1924 das Gegenbild zu den zur selben Zeit schier unendlich in die Höhe wachsenden amerikanischen Skyscrapern. „Für mich ist das eine fliegende Wohnung“, begründet Christoph Schäfer sein Interesse an dessen Entwurf, dem so genannten „Wolkenbügel“. „Mir gefällt diese Idee von der Arbeiterklasse, die sich nicht mehr von der Schwerkraft besiegen und niederdrücken lässt.“ Die Konstruktion des Gebäudes allein besitzt jedoch keine eindeutige politische Botschaft. Prominentes Gegenargument ist die mittlerweile abgebaute „Info-Box“ am Potsdamer Platz, die sich ebenfalls formal auf Lissitzky bezog, aber das im Dienste einer komplett anderen Ideologie. Park Fiction sieht darin „ein Beispiel für spektakuläre Partizipation und eine freche Enteignung konstruktivistischer Architektur“. Mit dem Archiv sollte der revolutionäre Geist „zurückgeholt“ werden.

Nachdem der Bauausschuss den Entwurf zunächst in einer bemerkenswerten Kompetenzüberschreitung ästhetisch als „nicht schön“ kritisiert und besagte Änderungen eingefordert hatte, wurde jetzt mit der fehlenden Barrierefreiheit nach langer Suche ein etwas stichhaltigeres Argument gegen die Realisierung des Gebäudes gefunden. Park Fiction hat angeboten, statt der geplanten Treppe einen Lift einzubauen. Diese Variante scheiterte jedoch an der Frage der Kostenübernahme. Obwohl der Bauausschuss des Bezirksparlaments laut Justitiarin der Kulturbehörde in dieser Sache gar keine Genehmigung erteilen, sondern nur informiert werden muss, hat die Initiative sich gegen einen Rechtsstreit entschieden und stattdessen die Arbeit von Christoph Schäfer zurückgezogen. „Das explodierte Archiv“ lautet der Titel des neuen Entwurfs, der Ende November vorgelegt werden soll. Nach der dazugehörigen Pressekonferenz erhielt Park Fiction postwendend die Aufforderung, das Bauschild ebenfalls binnen einer Woche abzubauen.

Das Prinzip Petrosilius Zwackelmann
Durch das insgesamt 14.000 m2 große Park-Fiction-Areal verläuft eine unsichtbare Grenze, nämlich die zwischen dem Bezirksamt Altona und dem Bezirksamt Mitte. Rainer Doleschall vom Bezirksamt Altona weiß noch nichts davon, dass der Archiventwurf zurückgezogen wurde und will sich „sofort schlaumachen“. Im Gegensatz zu Mitte, das auch seiner Einschätzung nach „stets Schwierigkeiten mit dem Projekt hatte“, ist man auf Altonaer Seite fast fertig mit den Baumaßnahmen und „schmückt sich mit dem Park“, gerne auch „Antoni-Park“ genannt. Ist ja auch richtig so. Was kann es für einen Politiker schöneres geben als eine erfolgreiche Bürgerinitiative? Im Bezirksamt Mitte sieht man das anders. Nur warum, will niemand sagen. Die Antworten sämtlicher Ansprechpartner vom Bezirksamtsleiter Markus Schreiber über einzelne Mitglieder bis hin zum Vorsitzenden des Bauausschuss Jan-Hinrich Fock (SPD) erinnern an die drei Türen auf dem Gang in das verboten Reich von Petrosilius Zwackelmann in Preusslers’ Hotzenplotz: Auskunft streng verboten! Auskunft strengstens verboten! Auskunft allerstrengstens verboten!

Nur Bodo Hafke von der Verwaltung des Baudezernats in Mitte darf sich äußern. Probleme habe es vor allem mit der Fernansicht gegeben. Außerdem sei der Park ja existent und „vielleicht müsse man dann ja nicht auch noch die Info-Box so prominent ans Elbufer setzen“. Dass von Seiten des Bauausschusses da nach einem Kompromiss gesucht werde, sei ein ganz normaler Vorgang. Dass sich der Künstler aber nicht so einfach in seinen Entwurf reinreden lasse, findet er zum Glück auch ganz normal. Messerscharf konstatiert er hier eine Konfliktsituation, genauso wie es einen Konflikt zwischen den Interessen des Bauausschuss und denen der Kulturbehörde gegeben haben muss.

Der Kulturbehörde aber, die anfangs entscheidend dazu beigetragen hat, das „Dauerpicknick gegen Gentrifizierung“ überhaupt erst möglich zu machen, und die ja auch die Finanzierung des Archivs übernehmen wird, ist, so scheint’s, im Laufe der langjährigen und zähen Verhandlungen die Luft ausgegangen. Zumindest im Moment sieht man dort keinen Handlungs- geschweige denn Gesprächsbedarf: „Wir warten den neuen Entwurf ab und dann sehen wir weiter“, lautet die knappe Stellungnahme des Pressebüros. Dazu ist Herrn Raube, Mitglied im Bauausschuss für die CDU, dann doch ein interessanter Kommentar in den Hörer gerutscht. Nachdem er ausführlichst darauf hingewiesen hat, dass Auskunft allerstrengstens verboten ist, entglitt ihm ein „... wenn die Kulturbehörde so von sich überzeugt wäre, hätte sie das Ding ja da hinstellen können ...“. Womit er in jeder Hinsicht Recht hat, juristisch wie, tja, wie nennt man so etwas? moralisch? ethisch? – wie aus Sicht der Erwartungen, die man an eine selbstbewusste Kulturinstitution stellen kann. Von Seiten der Kulturbehörde hätte man sich viel stärker gegen die Verfälschungsversuche an dem durch ihr Haus geförderten Kunstprojekt zur Wehr setzen müssen. Streng genommen wäre hier eine ebenso rigorose Stellungnahme angezeigt gewesen, wie das anfangs erwähnte kategorische Nein aus Sicht der Interessenvertretung der Behinderten.

Behörde ohne Biss
Ohnehin muss die chronisch durch Mittel- und Personalknappheit gebeutelte Kulturbehörde aufpassen, dass sie sich nicht aufgrund von Profillosigkeit sukzessive selber abschafft bzw. ihren Teil dazu beiträgt, dass der Senat sie bald für überflüssig halten könnte, wie jüngst durch Berlin vorgemacht. Viele Entscheidungen der letzten Zeit zeigen deutlich, dass es der Institution an Haltung nach Außen, zum Beispiel gegenüber anderen Behörden wie der Baubehörde, aber auch an klaren, internen Arbeitsgrundsätzen fehlt. In diesem konkreten Fall kommt allerdings erschwerend hinzu, das muss man fairerweise sagen, dass das Bezirksamt Mitte in Amtshilfe für die Kulturbehörde offizieller Bauherr ist – und es vermutlich keine Handhabe gibt, um genügend Druck aufzubauen, damit man sich dort über die Empfehlungen des eigenen Bauausschusses hinwegsetzt.

Schauen wir mal, was als nächstes kommt und ob nicht neue Probleme auftauchen. Nach Denkmalamt und Rollstuhlfahrern bleiben immer noch Tierschutz und Umweltbehörde... Die Forderung nach „barrierefreiem Bauen“ kann Park Fiction sich jedenfalls längst selber auf die Fahnen schreiben.

Gutes Blut böses Blut

In Hamburg ist der rote Lebenssaft knapp. Trotzdem werden immer Spender abgewiesen – weil sie schwul sind

VON JARKA KUBSOVA

Nach den Anschlägen vom elften September war Rudolph Giuliani, New Yorks damaliger Bürgermeister, einer der ersten, der die Ärmel hochkrempelte, sich ohne ein Zucken eine Kanüle in den Arm rammen ließ und vor einer Kameraschar einen halben Liter Blut für die Bürger seiner Stadt spendete. Eine derart edle Geste wird es von Bürgermeister Ole von Beust nicht geben. Weil er schwul ist, gilt er, wie jeder homo- und bisexuelle Mann in Deutschland, vor den Augen der Blutspendedienste als potentiell HIV-infiziert und ist damit vom Blutspenden grundsätzlich ausgeschlossen.

Dabei wären die chronisch leeren Blutbanken in Hamburg auch ohne Katastrophen dringend auf Spender angewiesen. „Was für eine Diskriminierung“, ereiferte sich sogar die MoPo als die Blutknappheit in Hamburg in diesem Sommer ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Hunderte Hamburger würden helfen wollen, doch man ließe sie nicht, hieß es dort. „Mir ist bewusst, dass uns das Verbot in ein Licht der Diskriminierung stellt“, bekennt Geert Geusendam, Leiter der Qualitätskontrolle beim DRK Blutspendedienst Nord, „und das gefällt mir auch nicht“. Zwar ist das Risiko, sich derzeit in Deutschland mit einer HIV-infizierten Spende anzustecken bei 1:4 Millionen sehr gering, aber hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht. Selbst modernste Testverfahren spüren eine HIV-Infektion nur auf, wenn die Ansteckung mindestens 10 Tage zurückliegt. „Deswegen ist es wichtig, bestimmte Risikogruppen von vornherein auszuschließen – auch wenn es dabei ungerecht zugeht“, so Geusendam. Dass zu diesen Gruppen neben Drogenabhängigen und Prostituierten auch homo- und bisexuelle Männer zählen, geht auf einen gemeinsamen Beschluss des Paul-Ehrlich-Institut (PEI) und der Bundesärztekammer aus den 80er Jahren zurück.

Widerstand ist zwecklos
Widerstand dagegen regte sich aus Homoverbänden immer wieder. Beim Lesben- und Schwulenverband gehen regelmäßig Beschwerden von Männern ein, die sich durch das Verbot diskriminiert fühlen. Zuletzt forderte die Zeitschrift Männer aktuell Rainer Seitz, Abteilungsleiter für Transfusionsmedizin am PEI in einem offenen Brief zur Gleichbehandlung von Homos und Heteros beim Blutspenden auf. Doch davon ist das PEI weit entfernt. In seinem Antwortschreiben bekräftigte Seitz die Notwendigkeit des Ausschlusses bestimmter Gruppen von der Blutspende noch einmal ausdrücklich. Sein Argument, sowie das von anderen Befürwortern des Spendeverbotes für homosexuelle Männer, ist stets das gleiche: Unter den Zahlen der Neuinfizierten mit HIV würden sie die größte Gruppe ausmachen. Tatsächlich bestätigen das die Erhebungen des Robert Koch Instituts (RKI) immer wieder. In der aktuellen Statistik vom Oktober 2006 zeigt sich: Von allen festgestellten Neuinfizierten machten homosexuelle Männer weit mehr als die Hälfte aus – nämlich 62 Prozent – das ist der höchste Anteil Schwuler in den letzten Jahren.

Geschützt oder ungeschützt
Diese Ergebnisse spielen den Befürwortern des Verbotes in die Hände – jedoch nur auf den ersten Blick: Diese Zahlen des RKI sprechen bloß von denjenigen, die beim Sex Risiken in Kauf nehmen. Eine andere Statistik der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wird dagegen seltener zitiert: Demnach schützen sich 70 Prozent der Homosexuellen beim Sex oder leben in monogamen Beziehungen. Setzt man die Zahlen von Homosexuellen und HIV-Infizierten in Beziehung, zeigt sich, dass das Blutspendeverbot viele Schwule zu Unrecht ausschließt: In Deutschland sollen, je nach Schätzung, 250.000 bis 820.000 homosexuelle Männer leben; davon sind 31.000, so die Statistik des RKI, HIV-infiziert. Der weit überwiegende Rest, immerhin 219.000 bis 800.000 Schwule sind es nicht und dürfen trotzdem nicht spenden.

Statt der pauschalen Blutspendesperre schlägt etwa Peter Kühnl, Leiter der Blutbank an der Uniklinik Eppendorf, eine gerechtere Lösung vor: Unabhängig von der sexuellen Präferenz sollte jeder, egal ob Homo oder Hetero, der ungeschützten Verkehr hatte, eine „Quarantänezeit“ von vier Monaten einhalten, in der er nicht spenden darf. Eine Praxis, zu der etwa Länder wie Spanien und Italien bereits vor Jahren übergegangen sind – mit erstaunlichen Ergebnissen: Während die Zahl der Spender in Italien um fast 20 Prozent stieg, sank gleichzeitig die Rate an infizierten Konserven.

It's the economy, stupid!

Hilfreich und edel, fortschrittlich und gut – in Zeiten leerer Staatskassen präsentieren sich Stiftungen als Wohltäter der Gemeinschaft. Dabei gewinnt der „Dritte Sektor" politische Macht, ohne sich zur Wahl stellen zu müssen

Von Andrea Ritter

Bald wird sie da sein, die Hamburger Elbphilharmonie. Und dass das so ist, verdanken wir uns, verdankt also die Stadt ihren Bürgern – über 60 Millionen Euro konnte die „Stiftung Elbphilharmonie" bisher einsammeln und das Bauvorhaben von „Hamburgs neuem Wahrzeichen" auf den Weg bringen. Bei so viel Spendenbereitschaft kriegte sich der Spiegel, Zentralorgan und Erfinder der so genannten „Neuen Bürgerlichkeit", gar nicht mehr ein vor lauter Freude. Nicht nur über den Bau selbst, sondern vor allem über das, was dahinter steckt: „Denn es ist nicht der Staat, der diesen Traum in Wirklichkeit verwandeln soll. Es sind die Bürger selbst", jubelte das Magazin im Januar.

Für alle, die bisher dachten, dass „die Bürger" irgendwie auch „der Staat" seien, mag das Verwunderlich klingen, aber hey, wie altmodisch ist das denn? Das tolle Neue an der Bürgerlichkeit ist nämlich: Es gibt Bürger, die zahlen einfach nur ihre Steuern in die viel beschriebene „leere Staatskasse", was offenbar nicht viel Sinn macht – zumindest keinen „Gemeinsinn". Für den haben laut Spiegel andere zu sorgen. Nämlich die Bürger, die nach den Steuern noch eine ganze Menge übrig haben, wovon sie nichts in die dann vielleicht gar nicht mehr so leere Staatskasse zahlen müssen, wenn sie es einer Stiftung spenden. Dann können sie selbst bestimmen, was mit ihrem Geld passiert und sich ein schönes neues Schmuckstück bauen. Und der Rest? Naja, der darf da auch mal rein, in die Elbphilharmonie. Nicht so oft, das wird wohl ein bisschen teuer. Aber einen Tag der offenen Tür und ein paar subventionierte Tickets für Studenten und „Hartz IV"-Empfänger machen die wohltätigen Spender bestimmt auch noch locker. Ist doch traumhaft.

„Die Elbphilharmonie", poetisiert dann auch der Spiegel weiter, sei „eine Fähre, die in Deutschland zu einem neuen Verständnis von Kulturförderung ablegt. Und zu einer neuen Freiheit vom Staat". Die „Neue Bürgerlichkeit", das ist „Mäzenatentum nach amerikanischem Muster, Kommunitarismus, ideologiefreie Engagiertheit, Can-do-Spirit". Wow.

Aktiv auf allen Ebenen

Hamburg ist nicht nur die Stadt mit den meisten Millionären – sie hat auch die meisten Stiftungen. Vielleicht bloß Zufall. Aber dass man wohl kaum von „ideologiefreier Engagiertheit" ausgehen kann, wenn die mit dem Geld entscheiden, welche Kultur, welcher „Gemeinsinn" unterstützenswert ist und welcher nicht, dürfte ziemlich klar sein. Zumal wenn Kulturstiftungen „nicht die Entstehung von Kunst, sondern die Konkurrenz um den Standort und die Güte der Präsentation" fördern soll. So steht es im Handbuch Stiftungen, herausgegeben von der Bertelsmann-Stiftung, die sich zum Vorbild und zur Ratschlaggeberin für nahezu alle Geldsammel-Projekte erhebt. Gemeinsinn ist also, was der Wirtschaft gut tut. Und die Wirtschaft freut sich über die „neue Freiheit vom Staat" mindestens genauso doll wie der Spiegel.

Das Beispiel Elbphilharmonie zeigt: Mit ihrem Privatkapital können „die neuen Bürger" über eine Stiftung etwas entstehen lassen, das der Staat entweder nicht finanzieren kann (oder will) – oder dem längerfristige Entscheidungsprozesse vorausgehen müssten. Lästige Demokratie halt. Schon jetzt freut sich jede Partei von links bis rechts über Gelder aus dem „Dritten Sektor" – Geld, das aus Stiftungen generiert wird und ihnen gleichzeitig immer mehr Macht einräumt. Macht, die nicht demokratisch gewählt ist. Geld, das meist nicht von einem guten Onkel kommt, der seiner Stadt ein Museum schenken will, sondern von Unternehmern. „Ideologiefreiheit" bedeutet dabei höchstens, dass sie sich nicht einer bestimmten Partei anschließen. Denn die Ideologie ist eine andere: „Wohltätiges Handeln", doziert das Handelskammer-Magazin „Hamburger Wirtschaft" in seiner Juli-Ausgabe den Chefs mittelständischer Betriebe, „ist eine strategische Investition in das Unternehmen". Auch das hat der Kleine von den Großen gelernt.

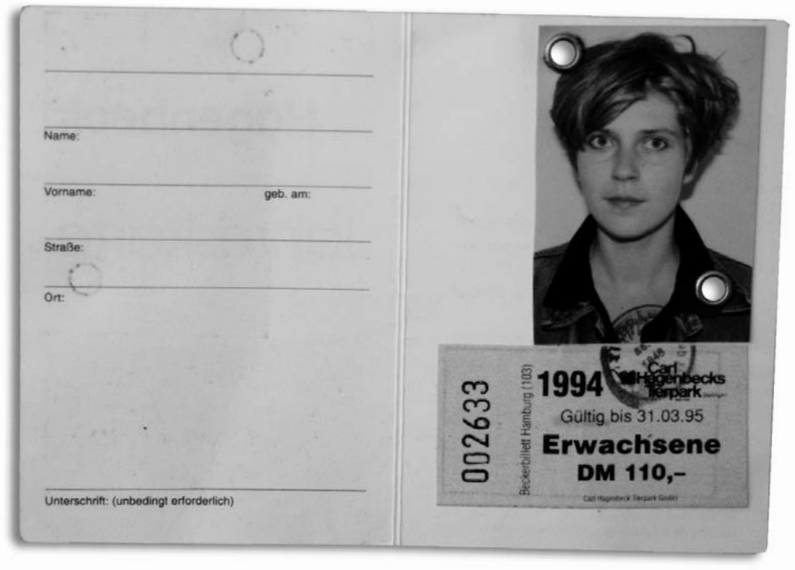
Die Elbphilharmonie gibt es noch nicht – aber was es schon gibt sind Hochschulrankings, Elite-Unis, Studiengebühren, PISA, das Konzept von der „selbstverantworteten Schule", von der „Agenda 2010" und von „Hartz IV". Alles Ideen, die aus Stiftungen geboren wurden, fast alle aus dem Hause Bertelsmann. Ihr Ziel: Die Gesellschaft soll wie ein Unternehmen geführt werden. Jeder Schulleiter ein Manager, jede Behörde ein „profit center".

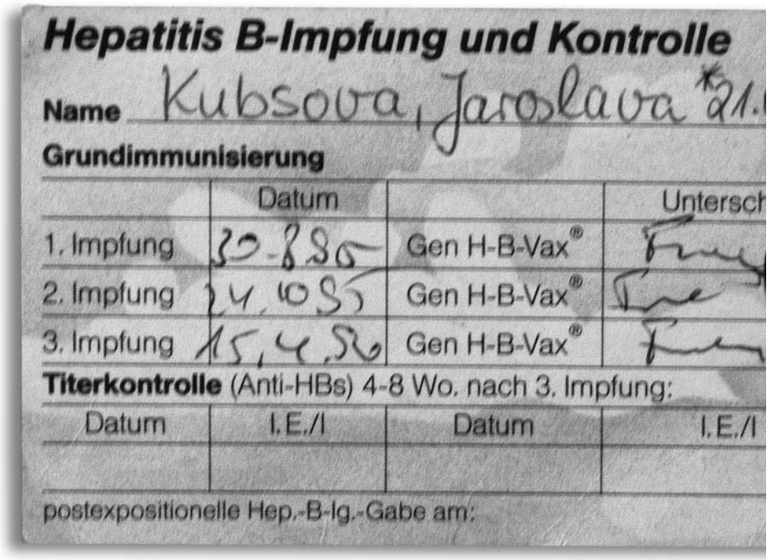
„Die Übertragung des in der Wirtschaft entwickelten Modells der ‚Unternehmenskultur' in andere Lebensbereiche ist möglich!", glaubt Bertelsmann-Patriarch Reinhard Mohn mit seiner Konzern-Stiftung bewiesen zu haben – und worauf „Unternehmenskultur" seiner Meinung nach basiert, ist auch klar: Konkurrenz, Wettbewerb, Zielvorgaben, Profitsteigerung. Leider ist Wirtschaft – wenn überhaupt – keine Natur- sondern eher eine Geisteswissenschaft, in der allgemeingültige Beweise kaum erbracht werden können. Es gibt viele Strömungen und Theorien, und welcher man anhängt, ist letztlich eine Glaubensfrage. In Frankreich oder den USA lernt man das im Wirtschaftsstudium. An deutschen Hochschulen ist diese simple Erkenntnis kaum Thema.

Attac Hamburg organisierte im Sommer an der Uni einen zweitägigen Kongress, der sich kritisch mit der Einflussnahme des Konzerns auseinandersetzte: „Du bist Bertelsmann – wie ein globaler Drahtzieher Medien, Bildung und Politik steuert". Tatsächlich bräuchte man vermutlich zwei Wochen, um alle Winkel auszuleuchten, in denen Bertelsmann aktiv ist, und dafür reicht auch hier der Platz nur für wenige: Über seine Stiftung fungiert das Unternehmen nicht nur als politischer think tank, der Politiker von Schröder bis Merkel mit Reform-Ideen bestückt. Er ist auch auf anderen Ebenen aktiv: Im EU-Parlament sorgt der CDU-Politiker Elmar Brok, der gleichzeitig für die Bertelsmann AG arbeitet, für die Durchsetzung eines für seinen Betrieb bequemen Urheberrechts. Außerdem bringt er zusammen mit dem Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), das ebenfalls von Bertelsmann finanziert wird, die Militarisierung der EU voran. Vom Firmensitz Gütersloh aus agiert das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) – eine private GmbH mit öffentlichen Funktionen durch ihren Mitbegründer, die Hochschulrektorenkonferenz. In England macht die Bertelsmann-Tochter Arvato bereits das, wovon der Konzern hier noch träumt: Das Privatunternehmen managt die Gemeinde East Riding / Yorkshire, treibt Gebühren und Steuern ein – „Verwaltungsdienstleistungen" heißt das. Ein Markt, der in Deutschland noch nicht zu haben ist. Aber sicherlich wird der think tank auch dafür bald den passenden Denkanstoß liefern. In zwei bis drei Jahren werde es soweit sein, meint die Bertelsmann AG.

Die Privatisierung der Politik

Natürlich unterstützt die Stiftung auch viele niedliche Sachen, Lesen mit Kindern und so. Was sie jedoch vor allem vorantreibt ist die Privatisierung beziehungsweise Ökonomisierung der Politik, der Forschung, der Lehre, der gesellschaftlichen Ordnung – und zwar nach den ihr eigenen Vorstellungen von Ökonomie. Sie bastelt ein bisschen Gesetze, führt sie aus und sorgt über Lobbyarbeit auch dafür, dass in ihrem Sinne Recht gesprochen wird. Und das nicht nur auf der großen Ebene, sondern auch in Kommunen und Gemeinden. Dort versammelt sie die Vertreter der „Neuen Bürgerlichkeit" und erklärt ihnen, wie sie ihr Geld am besten stiften. So können dann in kleinen Schritten auch noch ganz andere Ideen vorbereitet werden, als die eines Wahrzeichens für Hamburg.





Hepatitis B-Impfung und Kontrolle

Name Kubsova, Jaroslava *21.

Grundimmunisierung

	Datum		Unterschr
1. Impfung	30.8.05	Gen H-B-Vax®	
2. Impfung	24.10.05	Gen H-B-Vax®	
3. Impfung	15.4.06	Gen H-B-Vax®	

Titerkontrolle (Anti-HBs) 4-8 Wo. nach 3. Impfung:

Datum	I.E./l	Datum	I.E./l

postexpositionelle Hep.-B-Ig.-Gabe am:

Hanse mal 'ne Mark?

Wer im kommenden Frühling in Hamburg einkaufen geht, wird in einigen Geschäften auch mit Hansemark bezahlen können. Die neue Regionalwährung soll lokal ein anderes Geldsystem etablieren und die Umsätze ankurbeln. Aber Vorsicht – das Geld hat ein Haltbarkeitsdatum

von Stephanie Janssen

Klar werde ich belohnt fürs Sparen: Früher mit dem Grunzen des Sparschweins, immer wenn ich eine Münze hinein warf. Mit einem wohlwollenden Lächeln von Oma, wenn der Zehner in den Schlitz anstatt in den Kiosk wanderte. Und später dann mit Zinsen, jedes Jahr einmal die doch relativ bescheidene Belohnung auf dem Sparbuch, wenn die neue Summe ausgedruckt wurde.

Wieso auch nicht? Ein Polster zu schaffen, einen Notgroschen beiseite zu legen, das wurde auch den Nachnachkriegskindern noch eingebläut. Und wer sein Taschengeld sofort ausgab, konnte eigentlich nur ein Luftikus sein.

Ganz anders die Philosophie der neuen Regionalwährungen, die bundesweit aus dem Boden sprießen – jetzt auch in Hamburg. Das Geld zu horten ist passé, der Rubel soll rollen, möglichst oft von Hand zu Hand gehen, dadurch für mehr Umsatz sorgen und die lokale Wirtschaft ankurbeln. Sollte ich aber mein Geld sparen, verfällt es sogar – Hilfe!

Im Mai 2007 soll es spätestens losgehen: Die Hansemark wird als neue lokale Währung zum ersten Mal gedruckt vorliegen, Unternehmen werden ihre Mitarbeiter teilweise in Hansemark entlohnen und diese können dann dafür in den beteiligten Unternehmen einkaufen.

Im Einzelnen erklären Susanne Reinke und Michael Hönnig vom Vorstand des Hamburger Bündnisses für nachhaltige Wirtschaft e.V. – kurz Hansemark-Verein genannt – das so: Wenn ein Unternehmen mitmachen möchte, tritt es dem Verein bei und zahlt den Jahresbeitrag von 60 Euro. Dann kann die Firma Hansemark herausgeben, indem sie den Verein mit dem Druck einer bestimmten limitierten Anzahl von Scheinen beauftragt.

Geiz ist teuer

Die Hansemark ist dabei nicht bloß eine Banknote, sondern stellt einen Leistungsgutschein dar. Jedes Unternehmen definiert dann einen festgesetzten Betrag, z.B. 50 Hansemark, offiziell beim Verein nur durch wenige Gegenleistungen. Der Gemüsehändler etwa mit zehn kg Paprikaschoten oder Zucchini, der Friseurladen mit zwei Dauerwellen oder fünf Trockenhaarschnitten. Kaufen kann man dann aber natürlich trotzdem das komplette Warenangebot. Der Umrechnungskurs zum Euro wird der Einfachheit halber 1:1 sein.

Wie viele Hansemark ein Unternehmen herausgeben darf, hängt von der Mitarbeiterzahl ab und davon, wie viele Hansemark sich zurzeit schon im Umlauf befinden. Die Leistungsgutscheine erhält die Firma gegen eine Gebühr von 5% Hansemark einfach so, sie muss also keine Euro dafür eintauschen.

Das bedeutet erst einmal für die Kasse des Kleinbetriebes mehr „Geld". Chef und Chefin können also bei anderen Hansemark-akzeptierenden Läden oder Dienstleistern einkaufen oder sie zahlen ihren Mitarbeitern z.B. das Urlaubsgeld in Hansemark aus – wenn die denn wollen.

Denn einen Haken gibt es: das Haltbarkeitsdatum. Ein Hansemarkschein dauert nur so lange wie eine Schwangerschaft, nach neun Monaten ist seine Zeit um und er muss erneuert werden. Das geht problemlos, kostet aber wieder 5% seines Wertes. Ein aufgedrucktes Datum zeigt an, wann es soweit ist.

Warum das? Das neue Geld soll in Bewegung bleiben, der Umlauf wird durch die 5% „Umlaufsicherungsgebühr" gewährleistet. Dies ist die sanfte Erziehungsmethode mit zinstheoretischem Hintergrund (siehe Kasten): Nicht Sparen wird belohnt sondern Ausgeben. Doch wer hat nicht Angst vor money's self-destruction? Tja, da können nur die erwarteten positiven Effekte dagegenhalten, welche die Hasenfüße und Geizkragen eines besseren belehren sollen. Und wenn sie erst mal rollt, die Hansemark, dann sollte sich laut Michael Hönnig so mancher der Effekte für die Firmen einstellen:

- Beschworen wird die Mini-Gemeinschaft: Ich kauf bei dir, du kaufst bei mir. Die übersichtliche Zahl von teilnehmenden lokalen Unternehmen bedingt, dass man seine Hansemark eben nur in dem kleinen Kreis von Vereinsmitgliedern loswerden kann: bei fünf Bäckern, fünf Frisören oder in fünf verschiedenen Cafés – Kundenbindung pur.
- Das Geld wird wohl in jedem Fall ausgegeben werden, wenn nicht bei mir, dann bei den Hansemark-Partnern. Denn sonst verfällt es ja.
- Kauft keiner, auch gut. Denn ich als Unternehmer habe ja quasi „umsonst" meine Gutscheine drucken lassen, danach ausgegeben und dafür Waren erhalten. Ein dickes Plus für mich.
- Die Werbung: Jede Hansemark-herausgebende Firma kann die Rückseite mit ihrer eigenen Werbung bedrucken lassen. Prima 9-Monats-Hype plus ein Wegweiser, wo denn die Geschäfte zu finden sind.

Und wenn ich Privatperson bin? Mein Boss streicht mir zwar dieses Jahr wieder das Weihnachtsgeld, bietet mir aber als Trostpflaster 300 Hansemark. Na klar, nehm' ich die an. Besser als nix. Aber wenn mir mein Schuster als Wechselgeld für die neuen Absätze einen 10er Hansemark anbietet, möchte ich den haben? Vielleicht ist er nur noch 3 Monate gültig. Und wo soll ich ihn denn einlösen? Die Entscheidung ist rein ideell, denn als Privatperson habe ich keinen Vorteil vom fremden Schein in meinem Portemonnaie. Eher verliert er an Wert oder ich renne durch halb Hamburg, um einen Laden zu finden, wo ich mein Geld loswerden möchte. Es ist eher wie bei Biobrot und Ökostrom: Man muss die Idee dahinter unterstützen.

Geld, das Spaß macht

Aber zu zinstheoretisch wollen die Hansemarker gar nicht werden, den ideologischen Ballast um die Geldpolitik nicht strapazieren, sondern nur endlich das Thema Geld aus seinem hoch gesicherten Safe befreien. Denn im Prinzip ist alle Welt überzeugt: Geld funktioniert schon immer so, da können wir doch nichts machen.

Und so soll die Hansemark beweisen können, dass sie funktioniert. Wenn sich genug Mitstreiter finden, kann sie lokal Schwung bringen in kleine Handelskreisläufe und einfach Spaß machen. Wenn sie sich im Alltag durchsetzt, ist die Hansemark ein griffiges Beispiel dafür, dass Geld nicht immer Euro heißt – und auch nicht immer Zinsen bringt. Und dann ist da noch die lange Nase, die man dem ganzen Spuk um Zentralbank, Leitzinsen und Krediten macht, wenn man's einfach selbst druckt.

Ein Prosit auf die Tilgung

Wer weiß schon richtig Bescheid über das, was uns täglich durch die Hände geht, was uns die Butter auf dem Brot bezahlt, was uns antreibt und uns auslaugt. Eine theoretische Kurzfassung, vereinfacht (Inflation etc. nicht berücksichtigt):

Die Geldmenge bleibt in einem Land konstant, denn es darf normalerweise nicht einfach etwas dazu gedruckt werden. Einem wachsenden Vermögen muss also immer auf der anderen Seite auch ein abnehmendes Vermögen, also z.B. ein Kredit, gegenüberstehen – wenn auch nur als „Buchgeld" auf einem Konto.

Die Vermögen der Superreichen wachsen durch Zins und Zinseszins exponentiell explodierend – man stelle sich eine Geldkurve mit behäbigem Start vor, die nach 40-50 Jahren fast senkrecht in den Himmel zeigt. Das Geld „arbeitet" wirklich für die Menschen (diese müssen es nicht mehr) – und es wird täglich so unvorstellbar viel mehr, dass sie und ihre Nachkommen es nicht mehr ausgeben könnten.

So liegt das Geld auf den Banken und wächst uns allen über den Kopf, denn es muss ja gewährleistet sein, dass dem Guthaben auch immer ein Soll-Betrag gegenübersteht – wegen der konstanten Geldmenge. Zum Glück gibt es ja die Kreditzinsen und die sind „natürlich" höher als die Sparzinsen.

Und da überall Kredite im Hintergrund wirken, ist der Preis zur Tilgung einfach in allen Waren des täglichen Bedarfs enthalten. Gäbe es keine Kredite, wäre jede Ware und Dienstleistung im Mittel 40% billiger, so rechnet Margrit Kennedy in ihrem Buch Geld ohne Zinsen und Inflation vor. Zum Beispiel das Bier, was ich in der Kneipe trinke (der Wirt muss noch die neue Zapfanlange abbezahlen, seine Brauerei hat gerade einen Konkurrenten geschluckt, die Transportfirma musste zwei Lkw ersetzen und so weiter). Im Endeffekt zahlen wir jeden Tag die Sparzinsen der immensen Guthaben der oben erwähnten Superreichen zurück. Jeder Schluck eine kleine Tilgung. Prost.

Insel der Unbestechlichen

Hamburg privatisiert öffentliche Unternehmen, verkauft große Teile seines Wohnungsbestands und stampft mit der HafenCity einen neuen Stadtteil aus dem Boden – eigentlich müsste die Korruption in der Hansestadt blühen. Wieso hört man dennoch so wenig von Bestechungsfällen?

Von Tina Fritsche

Otto Dobbeck versteht die Welt nicht mehr. „Da halten wir so was Gutes vor, aber das Resultat ist schwach“. Für einen kurzen Moment wirkt der sonst so redegewandte Jurist muffig. Tag für Tag sitzt er als Vertrauensmann der Hamburger Wirtschaft in seiner etwas abgetakelten Kanzlei in Hamm-Nord und harrt der Dinge. Wartet, dass jemand anruft – und sagt: „Ich weiß da was…“

Dobbeck engagiert sich bei „Pro Honore e.V.“. Der Hamburger Wirtschaftsverein kämpft seit 1925 gegen „Missbräuche und Unsitten” in der Hamburger Wirtschaft. Die Idee ist schlicht: Wer im eigenen Unternehmen oder auch bei Konkurrenten Wind von unlauterem Wettbewerb, Absprachen und Korruption bekommt, kann sich über die Hotline bei Pro Honore beraten lassen. Doch die Anrufe bleiben aus. Drei- bis viermal im Monat klingele das Telefon, erzählt Dobbeck. Nicht jeder Anrufer habe Relevantes zu erzählen. Von Beweisen ganz zu schweigen. Während Schmiergeldaffären bei Siemens und Volkswagen für Schlagzeilen sorgen, vermeldet die Hamburger Lokalberichterstattung ab und an eine Geschichte über gekaufte Führerscheine oder geschmierte Marktmeister. Aber richtig dicke Fische? Nö. Ist Hamburg etwa die Insel der Unbestechlichen?

„Korruption in Deutschland ist ein flächendeckendes Kriminalitätsphänomen“, sagt Britta Bannenberg. Die Bielefelder Kriminologin hat sich fünf Jahre lang bundesweit durch weit mehr als hundert Ermittlerakten gewühlt und gilt seit ihrer Studie über Korruption in Deutschland als profilierteste Expertin. „Höchstens fünf Prozent aller Fälle werden entdeckt und noch weniger führen zu einem Gerichtsurteil. Korruption ist eine lukrative Wachstumsbranche. Die Schäden, die dem Fiskus entstehen, gehen jährlich in die Milliarden.“

Wie aber lassen sich illegale Absprachen aufdecken, widerrechtliche Geldflüsse zurück verfolgen und entscheidungsabhängige Zuwendungen nachweisen? Bestechung und Bestechlichkeit, Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung sind schwer zu fassende Vergehen – ohne klassische Täter und Opfer. Die Beteiligten sitzen in einem Boot und haben so gar kein Interesse daran, dass ihre anstößigen Vereinbarungen öffentlich werden.

Wer sucht, der findet …

Die Hamburger Oberstaatsanwältin Cornelia Gaedigk widmet sich Korruptionsfällen in Hamburg – die Stadt hat wie Frankfurt oder auch München eine eigene, wenn auch tendenziell unterbesetzte, Korruptionsabteilung in der Staatsanwaltschaft. Über deren Tische wandern jährlich rund 500 Fälle; in den vergangenen Jahren ist die Zahl sprunghaft gestiegen. Wenn Bannenbergs Rückschlüsse vom Hell- aufs Dunkelfeld stimmen, dann müsste es in Hamburg weit mehr als 10.000 Fälle von Korruption geben, oder? „Je genauer wir hinschauen, desto mehr finden wir“, erklärt Gaedigk. Aber wie genau wird geguckt?

Erst seit 1997 ist Bestechung auch in der freien Wirtschaft grundsätzlich verboten. Bis dahin konnten Firmen die eingesetzten Gelder als Betriebsausgaben z. B. mit der Begründung absetzen, im Ausland nur mit „Sonderaufwendungen“ wettbewerbsfähig bleiben zu können. Nach 1997 zeigte sich: Das Recht ändert nicht zwangsläufig die Einstellung. Britta Bannenberg: „Wir erleben bei Korruption den männlichen Deutschen mit großer Entscheidungsbefugnis und hohem gesellschaftlichen Status. Trotz Abrechnungsbetrugs, Untreue, Erpressung und Steuerhinterziehung sehen sie sich nicht als kriminell und verfügen über eine ausgeprägte Rechtfertigungs- und Neutralisierungstechnik.“ Schmiergelder fließen in jeder Höhe. Das Motto: Das macht doch jeder.

Paradies für Korrupte

Der Phantasie, wie sich an der Schnittstelle zwischen freier Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung Geld für den privaten Gebrauch abpumpen lässt, sind schier keine Grenzen gesetzt. Als besonders ertragreich gelten die Tröge bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, im Baugewerbe und bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Was nicht passt, wird passend gemacht: Mit unangemessenen Beraterhonoraren, ungerechtfertigten Provisionen, gefälschten Rechnungen, verschleiernden Geldverschiebungen, Preisabsprachen der Bietenden und nicht zuletzt mit verlockenden Belohnungen für die „richtige“ Entscheidung in Verwaltung und Politik, seien es Reisen, Autos, Uhren oder, auch gern genommen, ein neuer Posten.

Das Prinzip ist immer gleich: Nicht das Gemeinwohl, sondern der Vorteil Einzelner zählt. Glauben wir den kriminologischen Erkenntnissen und der Empirie der Ermittler, dann müsste Hamburg eigentlich ein Paradies für korrupte Netzwerke sein: In Hamburg tobt der Bauboom in der Hafencity, der Senat privatisiert öffentliche Unternehmen wie den Landesbetrieb Krankenhäuser oder nun auch den Hafenbetrieb HHLA und vertickt städtische Immobilien im Dutzend zu Preisen in Milliardenhöhe. Die fettesten Geschäfte sind so gut wie abgewickelt, der Finanzsenator geht bald von Bord. Warum ist so wenig von Korruption an der Elbe zu hören?

Der Schlüssel zur Antwort liegt in den Methoden der Korruptionsbekämpfung. In Deutschland gibt es kein Unternehmensstrafrecht. Das heißt: Wird wegen Korruption ermittelt, dann geht es nur einzelnen Mitarbeitern strafrechtlich an den Kragen. Ein rechtlicher Umstand, mit dem sich Konzerne wie Siemens einen weißen Fuß machen können: Alle MitarbeiterInnen müssen Selbstverpflichtungen unterschreiben in dem Wissen, dass fliegt, wer schmiert. Gleichzeitig besteht weiterhin der Druck, die alte Firmenpolitik fortzuführen. Am Ende sind die Angestellten die Gelackmeierten.

Wer da nicht mitspielen will, kann sich an eine Vertrauensstelle – soll heißen: an einen Ombudsmann der freien Wirtschaft, an ermittelnde staatliche Stellen wie die Staatsanwaltschaft oder bei Behördenmitarbeitern auch an die Dienststelle Interne Ermittlungen (D.I.E.) wenden. Doch ganz ohne Risiko ist es auch für die Hinweisgebenden – die so genannten „Whistleblower“ – nicht, Informationen über firmen- oder behördeninterne Abläufe auszuplaudern. Oft wiegt die Furcht, den Arbeitsplatz zu verlieren, schwerer als die Bürde, Mitwisser einer Straftat zu sein. Denn anders als in den USA schützt das deutsche Arbeitsrecht Whistleblower nicht vor Versetzung und Kündigung.

Kontrolle unerwünscht

An Ideen, Unternehmen zu sanktionieren, fehlt es nicht. Die Organisation „Transparency Deutschland” (TI) versucht weltweit, Abwehrmechanismen gegen Korruptionsnetzwerke zu etablieren. Ein „wirksames Mittel der Abschreckung“ sei das Korruptionsregister, sagt Jan Richter von der TI-Regionalgruppe Nord. Unternehmen, die durch Bestechung oder Kartellabsprachen einen Auftrag aus der öffentlichen Hand bekommen wollen, werden in einem Kataster erfasst und von künftigen Ausschreibungen ausgeschlossen. In Bundesländern wie NRW können Behörden, öffentliche Unternehmen und Stiftungen bereits bei der Vergabe von Projektaufträgen die Anbieter auf ihre Zuverlässigkeit überprüfen. In Hamburg stampfte die Regierung jedoch das Korruptionsregister ein, bevor es überhaupt Wirkung entfalten konnte: Sie kassierte das Gesetz im Sommer 2005, das die Mehrheit der Bürgerschaft kurz vor den Neuwahlen 2004 gegen die Stimmen der CDU verabschiedet hatte. Aus der Sicht der Kritiker war dies ein Freibrief für korrupte Unternehmen. „Der Senat hat offenbar die Gefährlichkeit von Korruption nicht erkannt und handelt nach der Devise: Ein bisschen Bestechung macht doch nichts“, monierte damals der GAL-Abgeordnete Till Steffen. Auch das zweite Schwert der Korruptionsbekämpfung – das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) – hat die Mehrheit der CDU deutlich entschärft. Statt allen Interessierten Einblick zu geben in bislang intransparentes Behördenhandeln, verweigert die Hamburger Fassung vom April 2006 die Einsicht in laufende Verwaltungsvorgänge und schreibt für fast jede Anfrage hohe Gebühren vor. Wer etwa Einblick in baurechtliche Entscheidungen in Altona bekommen will, muss zahlen. Aus Sicht des grünen Juristen Till Steffen „bringt das herzlich wenig. Das Gesetz ist vielleicht gut für Historiker, nicht aber für die Korruptionsbekämpfung.“ Steffen: „Da braucht jemand schon sehr langen Atem und einen guten Biss, um einen bereits abgelaufenen Vorgang noch mal zu beackern.“

Vor zwei Jahren erzählte ein Journalist aus Nordrheinwestfalen, den Kölner Klüngel und das Wuppertaler Gestrüpp hätte jeder, aber wirklich jeder sehen können. Nur hingeguckt habe eben niemand so ganz genau. Vielleicht ist es an der Zeit, auch hier in Hamburg genauer zu hinzusehen, ob und wie Firmen sich über Nebengeschäfte aus dem Hamburger Haushalt bedienen. Auch wenn der Senat die Einsicht verweigert.

Kein Schimmel mehr im Schimmelmuseum

Im Frühjahr 2007 will sich die Dieter Roth Foundation mit einem Neubau in Hamburg präsentieren. Das schimmelige Werk des Künstlers allerdings ist dahin

von Cornelia Sollfrank

Vom Kunstpublikum und anderen Öffentlichkeiten kaum wahrgenommen, ist es, ganz im Sinne des Erfinders, still vor sich hingeschimmelt, das „Schimmelmuseum“, bis es im Winter 2004, von einer Abrissbirne zerschmettert, sein gewaltsames Ende fand. Da, wo es vorher gemütlich vor sich hinweste, wuchs und wucherte, sich vermehrte, lebte und – wie die Nachbarn genervt berichteten – oft auch stank, steht inzwischen ein neues Gebäude, eines wie alle anderen, ordentlich, sauber, geruchsneutral und nicht zuletzt profitabel.

Von außen eher unauffällig, mit Efeu überrankt, hatte das Schimmelmuseum etwas über zehn Jahre sein Dasein in der ehemaligen Remise in der vornehmen Alsterchaussee, zwischen Mittelweg und Außenalster, gefristet. Ermöglicht durch den Kunstsammler und Rechtsanwalt Philipp R. Buse, der das Gebäude dafür zur Verfügung gestellt hatte, bekam der Schweizer Künstler Dieter Roth Ende der 80er Jahre die Gelegenheit, ein ungewöhnliches Konzept zu realisieren: die Errichtung eines Schimmelmuseums.

Unfähigkeit satt Ungeziefer

Bereits seit den70er Jahren hatte der schweizer Künstler Dieter Roth mit verderblichen Materialien experimentiert. Seine Objekte sollten einem natürlichen Alterungsprozess unterliegen – bis zur totalen Selbstauflösung. Im Schimmelmuseum, dem Hauptwerk des 1998 verstorbenen Künstlers, waren mehrere hundert verderbliche Kunstwerke – vornehmlich aus Käse und Schokolade – aufgebaut, deren Verfallsprozess langsam auf das ganze Gebäude übergreifen sollte. Ein radikales Konzept, das dem Künstler – trotz seiner Widerspenstigkeit gegen den Kunstmarkt – Weltruhm einbrachte, und bis heute Sammler, Kuratoren und Restauratoren vor scheinbar unlösbare Probleme stellt. Für meist teures Geld erworbene Kunst, wie zum Beispiel eine Käseskulptur, verschwindet dabei nicht nur langsam und augenscheinlich durch organische Verfallsprozesse, sondern kann nach dem nächtlichen Besuch einer Maus in der Sammlung auch schon mal vorzeitig Löcher aufweisen. Wie sollen dann Kunstverwalter damit umgehen? Reparieren, mit anderem alten, verschimmelten Käse aufwändig flicken? Oder gehört das Loch als Manifestation des Prozesses zur vergehenden Skulptur?

Bedroht und letztendlich zerstört wurde das Schimmelmuseum aber weder von der natürlichen Vergänglichkeit noch von gemeinem Ungeziefer, sondern von der Unfähigkeit und dem Unwillen der Kunstverwalter, mit den Widersprüchen und der Widerständigkeit dieser Kunst umzugehen. Einem wertvollen Objekt tatenlos beim Vergehen zuzusehen, ein Gebäude im reichen und schicken Pöseldorf einfach verrotten zu lassen, dazu braucht es nicht, wie der dafür zuständige Kurator Dr. Dirk Dobke meinte, eine romantische Vorstellung von Kunst, sondern Verständnis des künstlerischen Konzeptes von Dieter Roth – und eine konsequente Haltung dazu. Unterbricht man den Verfallsprozess, wie geschehen, löst man Teile aus dem Kunstwerk heraus, um es als einzelnes Bild oder einzelne Skulptur im zukünftigen Dieter Roth Archiv unter Idealbedingungen zu präsentieren, oder noch banaler, um sie auf dem Kunstmarkt zu verscherbeln, beginnt man zwangsläufig eine Konservierung, die nicht im Sinne des Erfinders ist, und begeht damit gewaltsam die Zerstörung dieses Kunstwerks, das als wichtigstes Vermächtnis Roths galt.

Dies war auch der Grund dafür, dass ICOMOS (International Council on Monuments and Sites) auf den Hamburger Vorgang reagierte. ICOMOS, die Organisation, die die UNESCO in Fragen des Weltkulturerbes berät, wies in ihrer Publikation Heritage at Risk 2003 auf die akute Gefährdung des Schimmelmuseums hin und forderte – ganz im Gegensatz zu ihren üblichen Bestrebungen –, den Verfallsprozess nicht zu unterbrechen, um das einmalige Kunstwerk zu retten. Allerdings ohne Erfolg. Erst als der Abriss bereits in vollem Gang war, gab es bedauernde Statements der Hamburger und nationalen Kulturpolitik, der Hamburger Sachwalter für die Moderne Kunst und der Kunstberichterstattung.

Ordnung statt Vergänglichkeit

Auf der Website www.schimmelmuseum.de, auf der man sich früher für eine Besichtigung der Installation anmelden konnte, wird heute immer noch ein virtueller Rundgang durch das Schimmelmuseum angeboten. Für das Frühjahr 2007 ist die Eröffnung eines Neubaus für die Dieter Roth Foundation angekündigt. In diesem Neubau wird es dann ordentlich zugehen, sauber und geruchlos, genau wie beim virtuellen Rundgang. Was bleibt ist die Faszination des Konzeptes, den traditionellen Museumsgedanken, Kunst zu erhalten, in sein Gegenteil zu verkehren. Und die Stadt Hamburg hat sich ein weiteres Mal als unfähig erwiesen, auf eine anspruchsvolle künstlerische Herausforderung angemessen zu reagieren.

Hightech geile Meile

„Vergnügen ist nichts als ein höchst angenehmer Schmerz“ (Heinrich Heine)

von Patricia Wedler

Nein, gefragt hat mich niemand. Und haben wollte ich es auch nicht. Aber jetzt gehört es mir. Immerhin – billig war es nicht. Um genau zu sein, hat das Ganze 9,7 Mio. Euro gekostet. Und da ist jeder Cent gut angelegt. Ist schließlich keine einfache Aufgabe, den diskreten Charme eines Shoppingcenterparkplatzes in, sagen wir mal, Feuchtwangen oder Herne-Wanne, also quasi in jedem x-beliebigen deutschen Mittelzentrum, zu simulieren. Dort, wo einst eine urbane Brache klaffte, eine Insel des Ungenützten mitten auf Deutschlands bekanntester Vergnügungsmeile, herrscht seit diesem Sommer Fun pur: LED-Wahnsinn auf Schienen, Ausschankpavillons und Plastikpalmen. „Kunst und Kultur sind nicht die Sahne auf dem Kuchen, sondern die Hefe im Teig“, hatte ja schon unser Alt-Bundespräsident Johannes Rau festgestellt. Von Rau siegen lernen will auch Hamburg und aus „der Metropole ein Ereignis“ machen. Event-City! Kunst-im-Dienste-der-Standortentwicklung! Besonders clever im Fall der roten Meile: Kultur als sicheres Bollwerk gegen das Böse. Pop statt Porno, Hüpfburgen statt Bandenkrieg. Erlaubt ist, was nicht stört. Wird ja auch alles mitgefilmt. Nur einfach auf einer Bank sitzen kann man nirgends.

Auch was die Wartung betrifft, überlässt man hier nichts dem Zufall. Zum Zwecke der WM-Simulation lud der TÜV Anfang Juni die Vereinigung anonymer zwangsoriginieller Bürokauffrauen und Zahnmedizinstudenten in Polyesterhemden zu einer politischen Kundgebung. Motto: „Ein bisschen Spaß muss sein“. Zielsicher spürte die stampfende Schlagermove-Masse („Die Masse braucht eine Richtung“, Canetti) die Achillesferse des Platzes auf und gleich am nächsten Tag wurde der Belag ab- und eine erneute Schicht roter Tennisplatzgummierung aufgetragen. Vorbildlich. Scheckheftgepflegt. Überhaupt. Täglich sieht man seitdem fleißige Ein-Euro-Jobber hämmern, schrauben und bohren. Zu tun gibt’s ja immer was bei so einem Hightechprojekt. Und auch sonst wird dem geneigten Betrachter einiges geboten. Während der schwarz-rot-geilen Wochen etwa wurden viele kleine Fernseher aufgestellt, um die sich jene, die es nicht mehr auf das FIFA-Fan-Fest (dem Verursacher dieses Alliterationsverbrechens sollte man bei Gelegenheit die Beine brechen) geschafft hatten, drängelten. Sport verbindet. Und wer im kollektiven Alkoholrausch vergessen hatte, in welcher Stadt er sich befindet, kein Problem: In psychedelischen Farben waberte auf der LED-Wand „Hallo Hamburg“. Unvergesslich auch die Mini Days, organisiert von der Mini Chapter North, mit individuell getunten Modellen, Tombola und Musikprogramm, nebst Sven Heidfeld (der Bruder von Nick), der mit Rat und Tat zur Seite stand. Man sah brasilianische Trommelgruppen aus Altona, verzweifelte Männer mit Gitarren und St. Pauli gegen den FC Bayern auf Großbildleinwand.

Aber ich sag ja immer: Lieber unter Niveau amüsiert als über Niveau gelangweilt. Bisheriger Höhepunkt: das Reeperbahn-Festival nach dem Vorbild des South-by-South-West-Festival in Austin, Texas. Drei Tage, 8.000 Bands, 700 Bühnen. Oder so. Da sprach zur Eröffnung erst die Kultursenatorin auf der Vattenfall-Bühne, dann spielte Thees Ullmann. Und hinterher sagte er: „Auf der Reeperbahn spielen ist einfach das Größte.“ Nee, is klar. Du, Thees, wenn dich in Berlin mal wieder ganz doll das Heimweh packt: Ich hätte da noch ein Zimmer frei. Garantiert mitten drin statt nur dabei. Dieses Angebot gilt natürlich auch für alle Menschen aus Feuchtwangen oder Herne-Wanne.

P.S.: Nur manchmal, in schwachen Momenten, überfällt mich ein Gefühl des Unbehagens. Dann wende ich, wie ich es in meinem „Be creative“-Seminar gelernt habe, die Walt-Disney-Methode an, zu der man in eine andere Figur schlüpft, um beispielsweise als Marsmännchen, alter Römer oder Superman das Problem zu lösen. Meist bin ich dann eine Weltmacht und bombardiere den Spielbudenplatz mit Mittelstreckenraketen. Selbstverständlich ohne Opfer unter der Zivilbevölkerung (eventuell ein kleiner Kollateralschaden. Männer mit Gitarren zum Beispiel). Das sollten Sie auch einmal versuchen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

LADUNG

Einbürgerungsurkunde

*Scheckheft*GEPFLEGT
RELEASE PARTY

Vorname(n), Familienname, Geburtsname

am Samstag, 16. Dezember 2006,

geboren am | in

ab 21:00 Uhr, im »buttclub«,

Wohnort

Hafenstraße 126

hat mit dem Zeitpunkt der Aushändigung dieser Urkunde die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben.

Die Einbürgerung hat sich nicht auf Kinder des/der Eingebürgerten erstreckt.

Ort, Datum

Kiel, 27. März 1997

Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein
IV 640 b - St 77143
Im Auftrage
W. Schulz

(Dienstsiegel)

KREIS OSTHOLSTEIN
Der Landrat
– Kreisordnungsamt –
Im Auftrage

KREIS OSTHOLSTEIN

Ausgehändigt am
27. APR. 1997

Art.-Nr. 10 001

© Bundesdruckerei